

Schweizerische Volkspartei (SVP)

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	2
1989	3
1990	4
1991	5
1992	6
1993	7
1994	9
1995	10
1996	11
1997	12
1998	13
1999	15
2000	17
2001	20
2002	22
2003	24
2004	27
2005	29

1987

Nach der Berner Parteispenden-Affäre in ihrem Ruf angeschlagen und gemäss einer selbst angestregten Image-Studie von der Bevölkerung als eine Partei betrachtet, die die Interessen der Jungen und der Städter schlecht vertrete, zog die Schweizerische Volkspartei (SVP) mit ungünstigen Voraussetzungen in den Wahlkampf. Sie setzte ihre Anstrengungen deshalb vor allem auf die Verstärkung einer seit einigen Jahren eingeleiteten **Öffnung der Partei**. Als Zielgruppe wurde dabei vor allem der "einfache Mann", der "nach der Lösung der sozialen Frage politisch heimatlos" gewordene Arbeitnehmer (Ch. Blocher), ins Auge gefasst, der seit der Fusion mit den bürgerlich-sozialpolitisch ausgerichteten Demokraten ohnehin die Basiserweiterung der Partei ausmachte. Aber auch die Frauen blieben nicht unumworben, indem etwa in Bern eine Nationalratskandidatin auf einen bevorzugten Listenplatz gesetzt wurde. Mit dem Argument, eine gesonderte Frauenpolitik sei eine Apartheidpolitik, wurde am Parteitag jedoch ein "Schwerpunktpapier Frauen" nicht verabschiedet; die einzelnen, gemässigten Forderungen, die allerdings auch den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung beinhalteten, wurden gemäss ihrem jeweiligen Inhalt in die übrigen Schwerpunktpapiere eingefügt. Von diesem "Antipartheid-Entscheid" nicht betroffen waren andere soziale Gruppen – die Behinderten, die Betagten, die Familie, die Jugend und die Arbeitnehmer –, die ihren gesonderten Platz im Programm behielten.

Ansonsten zeigte jedoch das **"Aktionsprogramm '87"** Tendenzen der Öffnung auch in thematischer Hinsicht. So will sich die SVP etwa bei der Revision des bäuerlichen Boden- und Erbrechtes dafür einsetzen, dass die Selbstbewirtschaftler besser geschützt werden und der

Bodenspekulation entgegengewirkt wird. Um die Verschmutzung der Umwelt zu vermindern, werden Gegenmassnahmen gefordert, die nach dem Verursacherprinzip finanziert werden sollen. Namentlich will die Partei die Einführung von Lenkungssteuern und Emissionsabgaben prüfen lassen und für den Schutz der Landwirtschaftsgebiete und der Fruchtfolgeflächen eintreten.

Gerade diese neuen Themen trugen jedoch auch zu **verstärkten Frontenbildungen** zwischen dem Bauern- und dem Gewerbeflügel bei. Während sich die einen gegen ein Kernkraftwerk in Graben oder gegen die "Bahn 2000" wandten und die Bewilligungspflicht für den Kauf bäuerlicher Heimwesen sowie eine Preiskontrolle für den bäuerlich genutzten Boden befürworteten, setzten sich die anderen gerade für diese – für das Gewerbe lukrativen – Projekte ein, wiesen aber die Forderungen bezüglich der Bodenpolitik von sich.

Dass die SVP, entgegen aller Prognosen, bei den Nationalratswahlen unter den Bundesratsparteien **am wenigsten Wähleranteile verlor** (0,1%; der Wähleranteil betrug noch 11%), wurde auf die genannte Politik der Öffnung, von Parteipräsident A. Ogi auf volkstümliche Weise propagiert, und auf die überdurchschnittliche Mobilisierung der SVP-Anhängerinnen und Anhänger zurückgeführt, die ihrerseits mit dem Rücktritt des populären Bundesrates L. Schlumpf, aber auch mit den steten Unkenrufen im Vorfeld der Wahlen in Verbindung gesetzt wurden. Den zwei Mandatsgewinnen im Nationalrat (neu 25 Sitze) stand allerdings der Verlust des Zürcher Ständeratssitzes gegenüber. Dass die Politik der Öffnung ihr Ziel erreicht hatte, belegte auch die VOX-Analyse, gemäss welcher Defizite bei den Frauen, den Angestellten (nicht jedoch bei den Arbeitern) und in der mittleren und jüngeren Generation augenfällig wettgemacht worden sind.

1988

Wegen der Ende 1987 erfolgten Wahl von Parteipräsident Adolf Ogi in den Bundesrat musste die Schweizerische Volkspartei (SVP) für dieses Amt einen Nachfolger suchen. Die Suche gestaltete sich nicht leicht, da mehrere in Frage kommende Politiker sich nicht für eine Kandidatur zu Verfügung stellten. Dies galt insbesondere für die beiden Nationalräte Blocher (ZH) und Rychen (BE), welche als Exponenten des konservativen resp. des liberalen Parteiflügels gelten. Als einzigen Bewerber präsentierte die Parteileitung den 55jährigen Thurgauer Landwirt und Ständerat **Hans Uhlmann**, der sich selbst in der Parteimitte einordnet. Die Delegiertenversammlung wählte ihn am 23. Januar in Bern ohne Gegenstimmen zum **neuen Parteipräsidenten**. Uhlmann erklärte, dass er die Strategie der Öffnung seiner Partei für neue Wählerschichten weiterführen wolle. Die SVP werde sich insbesondere bemühen, für Angehörige des Gewerkschaftsflügels der SP, welche sich von der Politik dieser Partei nicht mehr angesprochen fühlen, eine neue Heimat zu bieten. Dass die SVP dabei allerdings nicht daran denkt, sich in Zukunft die Forderungen der Gewerkschaften zu eigen zu machen, zeigte die Beschlussfassung der Delegierten zur Arbeitszeitverkürzungsinitiative des SGB (223:0 für die Nein-Parole) mit aller Deutlichkeit.

Die Parolen der SVP für die eidgenössischen Volksabstimmungen fielen allesamt negativ aus. Auch die Vorlage für eine Koordinierte Verkehrspolitik (KVP), welche aus dem von den SVP-Bundesräten Schlumpf und Ogi geleiteten EVED stammte, fand bei der gesamtschweizerischen Partei keine Unterstützung. Diese Ablehnung erregte um so mehr Aufsehen, als sich anfangs

1987 – anlässlich der Festlegung der Programmschwerpunkte vor den Nationalratswahlen – die Delegiertenversammlung für die rasche Realisierung einer Verkehrspolitik im Sinne der KVP ausgesprochen hatte. Der Entscheid für die vom Parteivorstand beantragte Nein-Parole fiel mit 97:74 Stimmen allerdings recht knapp aus; die Hälfte der Kantonalsektionen, darunter diejenigen von Bern, Graubünden und Thurgau, hielten sich denn auch nicht daran, sondern empfahlen die KVP zur Annahme.

Bei den kantonalen **Wahlen** kämpfte die SVP mit unterschiedlichem Erfolg. In Schwyz sowie in den Städten Bern und Biel – wo sie nicht zu den grossen Parteien zählt – konnte sie ihre Wähleranteile ausbauen. In ihren Hochburgen Schaffhausen und Thurgau erlitt sie demgegenüber Einbussen, welche sicher zum Teil mit dem erstmaligen Auftreten der Auto-Partei zu erklären sind. Da aber die andern bürgerlichen Parteien ebenfalls Wähler an die Auto-Partei verloren, konnte die SVP im Thurgau ihre Stellung als grösste Partei behaupten und in Schaffhausen dem Freisinn die Rolle als stärkste bürgerliche Partei abspenstig machen.

1989

Die SVP versuchte sich im Berichtsjahr mehrmals mit **markigen Stellungnahmen** als unverwechselbare bürgerliche Partei zu profilieren. So drängte sie etwa – stärker als die CVP und die FDP – zusammen mit der SP auf die vollständige Aufklärung der Umstände, die zum Rücktritt von Bundesrätin Kopp geführt hatten. Auf der anderen Seite reagierte sie, d.h. vor allem ihr Zürcher Nationalrat Blocher, bedeutend heftiger auf die Parolenfassung der SP zur Armeeabschaffungsinitiative. Im Herbst erschien im Pressedienst der Partei eine virulente Attacke des SVP-Generalsekretärs Friedli gegen die beiden CVP-Bundesräte Koller und Cotti. Er kritisierte sie, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Bundesräten eine technokratische, interventionistische und gewerbefeindliche Politik zu betreiben.

Obwohl die SVP in ihren Reihen viele Kleinbauern zählt, bildete der Entscheid über die Parole zur **Kleinbauerninitiative kein Anlass zu parteiinternen Spannungen**. Die Delegiertenversammlung vom 22. April lehnte die Initiative einstimmig ab. Diese ablehnende Parole fand in der Anhängerschaft gute Resonanz: Bei keiner anderen Partei fiel die Verwerfung der Kleinbauerninitiative durch die Parteisympathisanten deutlicher aus als bei der SVP. Von der Parteileitung war an der DV in einer agrarpolitischen Standortbestimmung allerdings zugestanden worden, dass gewisse Reformen in der Landwirtschaftspolitik notwendig seien. Nach der Volksabstimmung beschloss die SVP, die vom Bauernverband lancierte Volksinitiative für eine neue Landwirtschaftspolitik zu unterstützen.

Die Ablehnung der GSoA-Initiative für die Abschaffung der Armee erfolgte an der Delegiertenversammlung vom 21. Oktober in Zürich einstimmig. Umstritten war hingegen die Parole zur **Tempoinitiative**. Die Versammlung sprach sich zwar mit 108 gegen 52 Stimmen für ein Nein aus, einige Kantonalsektionen (u.a. Zürich und Schwyz) empfahlen jedoch die Annahme des Volksbegehrens.

Bei den **kantonalen und kommunalen Wahlen** konnte sich die SVP gut behaupten. Wie bereits bei den Wahlen des Vorjahres hatte sie im Gegensatz zur FDP und CVP nicht unter dem

Auftreten der Auto-Partei zu leiden. Im Aargau gewann sie zwei Mandate und holte damit die SP beinahe ein. Auch in Graubünden gewann sie einen Sitz und blieb damit die stärkste Partei des Kantons.

1990

Die Führung der SVP stellte sich zwar ebenfalls hinter die **Europapolitik** des Bundesrates, die Opposition gegen einen EWR-Vertrag – und erst recht gegen einen allfälligen EG-Beitritt – scheint in ihren Reihen aber grösser zu sein als bei den anderen Bundesratsparteien. Als prominentester Vertreter dieser Richtung profilierte sich der Zürcher Nationalrat Blocher, der als Präsident der "Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz" (AUNS) aus seiner heftigen Kritik an einem EWR-Vertrag, welcher für die Schweiz einen Souveränitätsverlust und den Abbau der direkten Demokratie bringen würde, kein Hehl machte.

Im **Bericht "Sozialstaat Schweiz"** hat die SVP ihre kurz- und mittelfristigen Zielvorstellungen zur Sozialpolitik formuliert. Sie erachtet den Ausbau der sozialen Sicherheit für grundsätzlich abgeschlossen. Für notwendige sektorielle und qualitative Verbesserungen fordert sie die Einhaltung der Grundsätze der Kostenneutralität und der Subsidiarität zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden; generelle Leistungserhöhungen lehnt sie hingegen ab.

Mit einem Thesenpapier legte die SVP auch ihre Position zur **Landwirtschaftspolitik** dar. Ihre Vorstellungen decken sich im wesentlichen mit denen des Bauernverbandes, wie sie in dessen im Berichtsjahr eingereichten Volksinitiative formuliert sind. Im Zentrum soll der bäuerliche Familienbetrieb stehen, dessen Einkommen in der Regel weiterhin über die Garantie kostendeckender Produktpreise finanziert werden soll; immerhin soll auch das Instrument der Direktzahlungen vermehrt zum Einsatz kommen.

Wie bereits 1988 bei der Gesamtverkehrskonzeption konnte sich die SVP auch beim **Energieartikel** nicht zu einer Unterstützung der Vorlage ihres eigenen Bundesrates durchringen. An der Delegiertenversammlung der SVP in Einsiedeln standen 97 Befürworter genau 97 Gegnern, unter Anführung von Nationalrat Blocher (ZH), gegenüber, worauf die Stimmfreigabe beschlossen wurde. Freilich gaben wichtige Kantonalsektionen, darunter diejenigen von Aargau, Bern und Graubünden, die Ja-Parole aus. Die beiden Atominitiativen wurden von den Delegierten mit überwältigendem Mehr zur Ablehnung empfohlen, nur für die Revision des Strassenverkehrsgesetzes wurde die Ja-Parole beschlossen. Zum Abstimmungspaket im Frühling gab die SVP die Ja-Parolen zum Rebbaubeschluss und zur Revision der Bundesrechtspflege heraus, empfahl hingegen alle Strassenbauinitiativen zur Ablehnung.

Bei den **Wahlen** konnte sich die SVP – ausser in Glarus – weiterhin gut behaupten. Sowohl im Kanton Bern wie auch in der Waadt legte sie je zwei Sitze zu; auch wähleranteilmässig verzeichnete sie leichte Gewinne. In Winterthur konnte sie ihren Wähleranteil um fast drei Prozentpunkte erhöhen.

1991

Die SVP verabschiedete an der Delegiertenversammlung in Freiburg vom 16. Februar ihr **Parteiprogramm 91**. Im über 60 Seiten umfassenden Dokument wurden sämtliche für die SVP wesentlichen Politikbereiche abgehandelt, wobei sich die Partei in den Fragen der europäischen Integration wie in der Aussen- und Sicherheitspolitik einen grossen Interpretationsspielraum liess. Herausstechend war die Forderung nach einem Gemeinschaftsdienst für Männer und Frauen. In den Bereichen Asyl- und Ausländerpolitik und Drogen zeigte die SVP eine restriktive Haltung. In der Frauenpolitik konnten zwar das Lohngleichheitsgebot für Mann und Frau sowie ein gesetzliches Diskriminierungsverbot bei einer Mehrheit Gnade finden, eine Quotenregelung für die Besetzung von wichtigen Parteigremien wurde hingegen abgelehnt.

Die Fragen zur Strukturanpassung der **Landwirtschaft** im Umfeld eines sich wandelnden Europa und der GATT-Verhandlungen hatte die SVP bereits in einer Resolution zur künftigen Landwirtschaftspolitik, welche an der Delegiertenversammlung vom 19. Januar in Sissach (BL) verabschiedet wurde, aufgegriffen. Sie setzte sich darin für die Sicherstellung des bäuerlichen Einkommens, zugunsten einer bodenabhängigen, standort- und umweltgerechten landwirtschaftlichen Produktion, für die effiziente Nutzung der inländischen Produktionsmöglichkeiten, für die Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe sowie für die Abgeltung der multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft ein.

An der SVP-Neujahrstagung sorgte die von Ständerat Zimmerli (BE) eingebrachte **Forderung nach einem Institut für internationale Konfliktforschung** in der Schweiz für Aufsehen. Er setzte damit einerseits ein Zeichen für die Öffnung der Partei, andererseits überraschte er das Publikum mit der Idee einer nicht auf rein militärischer, sondern auch auf kultureller Basis gegründeten Konfliktforschungsidee.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** unterstützte die SVP das Stimm- und Wahlrechtsalter 18, die Militärstrafgesetzreform sowie die Bundesfinanzreform; letztere wurde aber von den Kantonalsektionen Zürich, Bern, Freiburg und Tessin abgelehnt. Einig war sich die Partei in der Ablehnung der Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die Jungpartei gab dagegen die Ja-Parole zur SBB-Initiative und die Nein-Parole zur Barras-Reform, welche ihr zuwenig weit ging, heraus.

Im Wahlkampf wurde die **Asylpolitik** zum Hauptthema; vor allem die Zürcher Kantonalpartei prägte auf nationaler Ebene das Bild der Partei in der Öffentlichkeit. Dabei hatte die **Petition** der zürcherischen SVP, welche vom Bundesrat dringliche Massnahmen gegen den Zustrom von Asylbewerbern verlangte, einen wesentlichen Anteil. Die Ankündigung der Zürcher SVP, eine eidgenössische Volksinitiative gegen die illegale Einwanderung zu lancieren, stiess bei anderen Kantonalparteien auf Unverständnis. Im November gab der SVP-Zentralvorstand bekannt, dass er anfangs 1992 den Entwurf für eine moderatere, für alle Kantonalsektionen akzeptable Volksinitiative vorlegen werde. Der innere Zusammenhalt der Partei litt aber im Berichtsjahr zunehmend in verschiedenen Bereichen; die sich seit längerer Zeit abzeichnenden Divergenzen zwischen der ca. 32 000 Mitglieder zählenden bernischen Kantonalpartei und jener Zürichs, die im übrigen bei den kantonalen Wahlen sechs Sitze und knapp vier Wählerprozente zulegen konnte und auch bei den Nationalratswahlen mit zwei Sitzgewinnen sehr erfolgreich war, offenbarten sich

namentlich in der Beurteilung der bundesrätlichen **Europapolitik**. Während der zürcherische Flügel sich sowohl gegen den EWR als auch gegen einen EG-Beitritt stark machte, zeigte die Berner Kantonalpartei eine offenere Haltung. Auch die Junge SVP stellte sich gegen die Zürcher Sektion, indem sie sich grundsätzlich positiv zu einem EWR-Vertrag aussprach und den Beitritt der Schweiz zum IWF unterstützte.

Die im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen von der Zürcher und der Thurgauer Sektion erwogene **Listenverbindung** zwischen SVP und Autopartei kam – zur Erleichterung der nationalen Parteileitung – nicht zustande. Ebenso wurde eine eventuelle Fraktionsgemeinschaft mit der populistischen Lega dei ticinesi von der Parteileitung abgelehnt. Vor den Wahlen kam es in den Kantonen Solothurn und Baselstadt zu **Parteineugründungen**; in Luzern fanden entsprechende Vorbereitungen statt.

Bei den **eidgenössischen Wahlen** hat die Partei ihr Ziel nur teilweise erreicht: Sie konnte zwar den Wähleranteil von 11 auf knapp 12% erhöhen, gewann aber keinen zusätzlichen Sitz und verharrte auf 25 resp. vier Mandaten in National- und Ständerat. Die SVP ist damit die einzige Regierungspartei, deren Wähleranteil heute höher ist als zum Zeitpunkt der Schaffung der "Zauberformel"; die übrigen Regierungsparteien haben seit 1959 zwischen 2,8 und 7,4 Prozentpunkte verloren.

Die VOX-Analyse zeigte, dass die Wählerschaft der SVP zwar immer noch zu einem beträchtlichen Teil aus der Landwirtschaft stammt, dass sie aber auch jünger ist als diejenige der FDP und der CVP.

1992

Nachdem die SVP in den letzten Jahren **neue Sektionen** in traditionell christlichdemokratisch oder freisinnig geprägten Kantonen wie Solothurn, Basel-Stadt und Zug gegründet hatte, gelang es ihr im Berichtsjahr, diese Politik durch die Sektionsgründung in den Kantonen Luzern und St. Gallen weiterzuführen. Diese neuen Sektionen verstehen sich in der Regel als rechtsbürgerliche Alternative zur CVP und der FdP und stehen damit dem von der Zürcher Sektion vertretenen Kurs näher als der gemässigten Politik der Berner, Bündner oder Westschweizer Kantonalparteien.

Um das Stimmpotential der **Auslandschweizer** besser auszunutzen, welche künftig aufgrund der revidierten gesetzlichen Bestimmungen brieflich an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen können, gründete die SVP – wie kurz davor die FDP – die Tochterpartei "SVP International".

Auf Druck der Zürcher Kantonalpartei lancierte die SVP Schweiz die **"Initiative für eine vernünftige Asylpolitik"**, welche die Rechte der Asylbewerber massiv einschränken will. Schwerpunkte im Initiativtext sind die Möglichkeit der sofortigen Wegweisung illegal Eingereister sowie der staatlichen Lohnverwaltung für Asylbewerber. Nicht unterstützt wurde die Initiative von der Bündner Sektion.

Die unterschiedlichen Meinungen in der Partei in bezug auf die **Integrationspolitik** kam noch deutlicher als im Vorjahr zum Vorschein. Während die Zürcher Sektion schon zu Beginn des

Jahres an ihrer traditionellen Albigüetlitagung zum Widerstand gegen EWR- und EG-Beitritt aufrief und ihre Nein-Parole zum EWR noch vor dem Parolenbeschluss der nationalen Partei fasste, wurde die Kritik am Zürcher Parteipräsidenten Blocher seitens der SVP-Vertreter aus der Romandie und dem Kanton Bern immer lauter. Dabei visierte diese parteiinterne Kritik nicht nur die Haltung Blochers zum EWR an, sondern auch seine als populistisch und nicht konstruktiv taxierte Kampagne. Da Blocher von den Medien zum massgeblichen Repräsentanten der SVP hochstilisiert werde, gefährde er damit auch die Position der SVP als Regierungspartei. Die **interne Polarisierung** bezüglich eines EWR-Beitritts ging bei keiner anderen Partei so weit wie bei der SVP. Am Parteitag in Bern, an welchem Bundesrat Ogi den EWR gegen Nationalrat Blocher verteidigte, entschieden sich die Delegierten mit 289 zu 119 Stimmen gegen den EWR, nachdem schon der Parteivorstand das Vertragswerk mit 28 zu 19 Stimmen abgelehnt hatte. Damit war die SVP die einzige Regierungspartei, welche den EWR bekämpfte; die Berner und Waadtländer Sektionen fassten trotzdem die Ja-Parole, während die jurassische SVP Stimmfreigabe beschloss. Nach der Ablehnung des EWR-Vertrags durch Volk und Stände beabsichtigte Blocher, an einer Pressekonferenz stellvertretend für die SVP Zukunftsvorstellungen für den Alleingang zu präsentieren, musste dies jedoch zusammen mit der Parteileitung tun, da letztere ihm das Feld nicht allein überlassen wollte. Die Vorschläge wurden allerdings sowohl von den andern Regierungsparteien als auch von internen Opponenten als Gemeinplätze kritisiert, durch welche sich die SVP aus der Verantwortung zu stehlen versuche.

Entgegen einer Mehrheit der SVP-Fraktion und dem wiederum als prominentesten Gegner in Erscheinung getretenen Nationalrat Blocher befürwortete der Parteikongress den IWF-Beitritt. Die SVP-Delegierten verwarfen hingegen die Parlamentsreform en bloc – nach Meinung der Mehrheit führten die Reformen in Richtung eines Berufsparlaments –, obwohl der Zentralvorstand ein Ja empfohlen hatte. Die Berner Kantonalsektion und die Junge SVP fassten jedoch die Ja-Parole für die drei Vorlagen der Parlamentsreform.

Bei kantonalen **Wahlen** konnte die SVP kleine Gewinne erzielen und bestätigte somit ihren langfristigen Aufwärtstrend; bei den Kommunalwahlen in Bern verlor sie hingegen ihren einzigen Exekutivsitze.

1993

Die Heterogenität der SVP-Exponenten, insbesondere in der Frage des Europa-Kurses der Schweiz, liess die **internen Spannungen** verstärkt offen zutage treten. Bundesrat Ogi wehrte sich zusammen mit Vertretern der Berner, Bündner und Waadtländer Kantonalparteien gegen den Einfluss der zürcherischen SVP, die unter Nationalrat Blocher einen immer stärkeren Rechtskurs steuerte. Verärgert über die neue Führungsrolle der zürcherischen Sektion und deren arrogantes Vorgehen anlässlich der SVP-Pressekonferenz nach der EWR-Abstimmung, diskutierte der Zentralvorstand der bernischen SVP das Verhältnis der Mutterpartei zu den Kantonalsektionen. Aus der Sicht der Berner Parteispitze kann die SVP nicht gleichzeitig Regierungs- und Oppositionspartei sein. Eine grosse Mehrheit des bernischen Zentralvorstands sprach sich für den Verbleib in der Regierung auf eidgenössischer Ebene aus und grenzte sich von rechtspopulistischen Strömungen im Stil der zürcherischen Sektion ab. Dabei wurde auch Kritik an

Parteipräsident Uhlmann (TG) und Fraktionschef Fischer (AG) geäußert, welche durch das Gewährenlassen Blochers Führungsschwäche an den Tag legen würden.

Während die meisten Sektionen der Ostschweiz Unverständnis gegenüber der bernischen Kritik an den Tag legten, unterstützte die Bündner Kantonalpartei die Berner und forderte, die SVP müsse eine sozialliberale, offene Partei der Mitte bleiben resp. wieder werden. Die waadtländische Sektion ging an der gesamtschweizerischen Delegiertenversammlung in Payerne (VD) sogar so weit, mit dem Austritt aus der gesamtschweizerischen Partei zu drohen, falls die Mutterpartei einen rechts-extremen populistischen Kurs ansteuere. Bundesrat Ogi vertrat an der Albisgüetli-Tagung der Zürcher Sektion die Meinung, wenn die SVP Regierungspartei bleiben wolle, müsse sie die Politik der andern Bundesratsparteien mittragen. Die am 20. Februar einberufene **Aussprache** des Zentralvorstands brachte die Bereitschaft aller Beteiligten zu einer weiteren Zusammenarbeit zutage, ohne jedoch die Grundkonflikte lösen zu können. Dabei wurden weder die Regierungsbeteiligung noch die unterschiedliche Ausrichtung der einzelnen Kantonalparteien in Frage gestellt. Eine Arbeitsgruppe wurde mit dem Auftrag eingesetzt, parteiinterne Abläufe und Strukturen zu untersuchen und gegebenenfalls zu verbessern.

Gegen Ende des Berichtsjahres erregte die Zürcher SVP erneut Unmut bei der gesamtschweizerischen Parteileitung sowie bei anderen Kantonalsektionen, als sie die Ermordung eines Mädchens am Zollikerberg (ZH) im Hinblick auf die städtischen Wahlen im Frühling 1994 für eine **Inseratekampagne** missbrauchte. Darin bezeichnete sie die "Linken und Netten" – mit den Netten waren die anderen bürgerlichen Regierungsparteien gemeint – als verantwortlich für die Kriminalität sowie Asylmissbrauch in Stadt und Kanton und empfahl sich selbst als Alternative für mehr Sicherheit. Bundesrat Stich verglich die Inseratekampagne mit der Nazi-Propaganda und sagte seine Teilnahme an der Albisgüetlitagung im Januar 1994 in seiner Funktion als Bundespräsident ab.

Die Westschweizer Sektionen Waadt und Freiburg forderten das Zentralsekretariat eindringlich auf, interne Dokumente zu übersetzen und einen **französischsprachigen Informationsdienst** aufzuziehen, welcher bisher bei der SVP als einziger Regierungspartei inexistent sei.

Die SVP nahm eine **positive Haltung gegenüber dem GATT-Vertragswerk** ein, weil die Exportwirtschaft von den GATT-Regeln profitiere und im übrigen Ausgleichsinstrumente wie z.B. Direktzahlungen an die Landwirtschaft berücksichtigt würden. Ein Teil der Basis übte allerdings Kritik am Entscheid der Parteispitze.

Mit 110 000 Unterschriften hat die SVP die **Volksinitiative "gegen die illegale Einwanderung"** eingereicht; sie hat damit dieses Instrument zum ersten Mal benutzt.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** empfahl die SVP dieselben Parolen wie die FDP und die CVP. Sehr knapp fiel der Entscheid für den Kantonswechsel des Laufentals aus. Abweichungen ergaben sich bei den Kantonalparteien vor allem bei den Vorlagen zur Mehrwertsteuer, insbesondere bei der Satzerhöhung und den Massnahmen zur Erhaltung der Sozialversicherung.

Bei **kantonalen Wahlen** verzeichnete die Partei zwei Sitzgewinne im Aargau. Im Kanton Genf, wo sie zusammen mit dem rechtsnationalistischen Mouvement patriotique genevois antrat, blieb sie mit 2,3% weit unter dem geforderten Quorum von 7%. Auch im Kanton Solothurn schaffte sie den Einzug ins Parlament nicht.

1994

Aufgrund des Konfliktes zwischen dem liberalen und dem von der Zürcher Sektion dominierten konservativen Parteiflügel hatte die SVP 1993 eine interne Arbeitsgruppe unter Vizepräsident Marcel Blanc (VD) eingesetzt, die das **Verhältnis zwischen Mutterpartei und den kantonalen Sektionen** überprüfen sollte. Anfang Jahr kam der leitende Ausschuss überein, dass sich die SVP Schweiz in nationalen Angelegenheiten künftig zuerst äussere und Parolen fasse. Kantonale Sektionen können auf nationaler Ebene weiterhin Initiativen lancieren und Referenden ergreifen, müssen aber dafür die Zustimmung des SVP-Zentralvorstandes einholen. Mit diesen neuen Regelungen soll das Vorpreschen einer kantonalen Sektion, wie es die SVP Zürich etwa in der EWR-Frage oder mit der Asylinitiative vorführte, künftig vermieden werden. Der Bericht der Arbeitsgruppe stellt ausserdem klare Anforderungen und Voraussetzungen für die Gründung neuer Kantonalparteien. Der Wirkungsgrad dieser neuen Regeln wurde jedoch angezweifelt, zumal von Zürcher Seite kämpferische Töne kamen.

Eine **Disziplinierung der Zürcher Kantonalpartei** forderte in einer Resolution die Waadtländer Sektion der SVP. Sie sei nicht mehr bereit, die "populistischen und fremdenfeindlichen Verdrehungen mit extremistischer Tendenz der Zürcher SVP" zu dulden. Damit sprach sie vor allem die aggressive Wahlkampagne in der Stadt Zürich an, die zum Teil verfälschte Informationen enthielt.

In einem Sanierungskonzept für den Bundeshaushalt wollte die SVP die Ausgaben 1995 auf dem Stand von 1994 einfrieren und 1996 über die Vorschläge des Bundesrates von 2,5 Mia Fr. hinaus um weitere 2,6 Mia Fr. kürzen. Vorab schlug sie, durch die Einführung einer einmonatigen Karenzfrist, **Einsparungen bei der Arbeitslosenkasse** vor. Gemäss SVP würde diese 1,5 Mia Fr. in die Bundeskasse bringen, der Vorschlag wurde jedoch selbst von Arbeitgebern kritisiert. Ausserdem wollte die SVP vor allem im Asylbereich, in der Aussenpolitik und bei den EU-Forschungsprogrammen sparen. Nicht antasten wollte sie hingegen die Landwirtschaft und die AHV.

Die SVP legte ein **eigenes Drogenkonzept** vor, welches sich von den Positionen der drei anderen Regierungsparteien klar abgrenzt. Darin hält sie am Ziel der Suchtfreiheit der Gesellschaft fest und will diese durch präventive, therapeutische und repressive Massnahmen erreichen. Zwangsentzüge im Rahmen des fürsorglichen Freiheitsentzugs sollen möglich werden. Als einzige Regierungspartei wehrte sich die Partei vehement gegen die kontrollierte Abgabe harter Drogen und den straffreien Drogenkonsum. Die Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" begrüsst sie, forderte vom Bundesrat aber einen differenzierten Gegenvorschlag.

Die SVP-Parteileitung wählte **Myrtha Welti** zuerst zur interimistischen, dann definitiven Generalsekretärin und ersetzte damit Max Friedli.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** wich die SVP bei vier Vorlagen von Bundesrat und Parlament ab, darunter dem Kulturartikel und den Blauhelmen. Das Nein zum Kulturartikel entstand jedoch nur mit Zufallsmehr. Bei den Blauhelmen wichen fünf und beim Kulturförderungsartikel neun Kantonalparteien (von insgesamt 19) von der Mutterpartei ab und stimmten damit für den Parlamentsbeschluss. Als einzige Regierungspartei lehnte die SVP Schweiz auch die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe und – allerdings wiederum nur durch Zufallsmehr – das Krankenversicherungsgesetz ab. Dem Verbot der Rassendiskriminierung stimmte sie klar zu, sieben Kantonalsektionen lehnten es jedoch ab.

Bei den **kantonalen Wahlen** erzielte die SVP insgesamt drei Sitzgewinne und zog im Kanton Zug gleich in Fraktionsstärke ins Parlament ein. Im Kanton Baselland verlor sie jedoch einen Exekutivsit.

1995

Zu Beginn des Jahres verabschiedeten die Delegierten der SVP ein neues Schwerpunktprogramm, das programmatische Flügelkämpfe zwischen dem konservativen und dem liberalen SVP-Lager beilegen sollte. In den Mittelpunkt stellte die SVP, wie die CVP, die Erhaltung und Förderung des Mittelstandes. Zur Nagelprobe geriet aber die Europafrage: Mit der Formulierung "ein **Beitritt zur EU ist kein Ziel** der schweizerischen Aussenpolitik" setzte sich mit 131 zu 111 Stimmen der konservative Zürcher Flügel durch, während sich die Westschweizer, Berner, Bündner und die SVP-Frauen sowie Bundesrat Ogi mehrheitlich für das Offenhalten aller Optionen ausgesprochen hatten. Deutlich setzte sich bei den Delegierten eine **repressive Haltung in der Drogenfrage** durch. So wurde der Verzicht auf staatliche Heroinabgabe und Fixerstuben mit klarer Mehrheit – aber gegen die SVP-Frauen und die Berner Sektion – abgesegnet. Ein Antrag, die Abschaffung der direkten Bundessteuer ins Programm aufzunehmen, hatte keine Chance.

Zu einem ernsthaften **Streit** innerhalb der SVP kam es **um die Neat**. Der Zürcher Exponent Christoph Blocher forderte im Februar eine zweite Neat-Abstimmung und den Verzicht auf die Lötschberglinie. Damit stellte er sich klar in Gegensatz zu den Bernern, Westschweizern und SVP-Bundesrat Ogi, die den Neat-Vollausbau gemäss Volksentscheid realisieren wollen. Die Partei wies den Vorschlag von Blocher zurück.

Auch auf andere Eskapaden von Christoph Blocher reagierte die Partei empfindlich. Im Mai liess sich das SVP-Aushängeschild von der von ihm präsierten Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) einen Freipass für drei Referenden ausstellen – gegen Konzessionen bei den bilateralen Verhandlungen, gegen die europäische Sozialcharta und gegen neue Staatssekretäre. Die SVP, die eine immer stärkere **Vermischung mit der Auns befürchtet**, forderte Blocher daraufhin auf, die Positionen von SVP und Auns klar voneinander zu trennen. Anlässlich der Grosskundgebung "Ja zur Schweiz – Nein zum EWR/EU-Beitritt", die Ende September unter dem Patronat von Christoph Blocher in Zürich stattfand, traten die SVP Zürich und die Auns zum Ärger der SVP-Parteizentrale allerdings in einer gemeinsamen Trägerschaft auf.

Dem Vorwurf insbesondere der CVP und der FDP, dass die SVP als Regierungs- und gleichzeitige Oppositionspartei ein Doppelspiel betreibe, begegnete die SVP mit einem Parteitag in Holziken (AG) unter dem Titel "Zukunft der SVP – **Opposition oder Regierungspartei?**". Dabei sprach sie sich klar für ein Verbleiben in der Regierung aus.

Der Präsident der SVP, Hans Uhlmann, gab nach achtjähriger Tätigkeit seinen **Rücktritt** auf Ende Januar 1996 bekannt.

Bereits bei den kantonalen Wahlen setzte die SVP mit 15 Sitzgewinnen zum Siegeszug an, wobei sie allein in Luzern, wo sie zum ersten Mal antrat, 11 Sitze holte. Bei den eidgenössischen Wahlen gehörte die SVP mit fünf Mandatsgewinnen und einem Wählerzuwachs von 3% (neu: 14,9%) dann ebenfalls zu den Siegern, wobei sich die Wählerschaft klar für den aggressiven Stil des konservativen Parteiflügels entschied. Gewählt wurde keine einzige zusätzliche Frau. Die **SVP-Frauen** schlugen deshalb ungewohnt **radikale Töne** an und forderten eine professionelle parteiinterne Frauenförderung. Aus Protest auf daraufhin herablassende Voten zur Stellung der Frau innerhalb der SVP trat SVP-Generalsekretärin Myrtha Welti aus der Berner Kantonalsektion aus.

1996

Nach achtjähriger Tätigkeit trat Ständerat Hans Uhlmann (TG) als Parteipräsident zurück. Zum neuen Präsidenten wurde nach zäher Kandidatensuche der Zürcher Nationalrat **Ueli Maurer** gewählt, der dem konservativen Zürcher-Parteiflügel zugezählt wird. Die liberalen Westschweizer, Berner und Bündner Sektionen sowie viele weibliche Parteimitglieder brachten der Wahl Skepsis entgegen und befürchteten, dass Maurer ein getreuer Vertreter der Positionen des Parteiexponenten Christoph Blocher (ZH) sein werde. SVP-Generalsekretärin Myrtha Welti trat im Berichtsjahr zurück und wurde durch Martin Baltisser ersetzt.

Erstmals meldete die SVP offiziell ihren Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz an, wobei sie diesen klar der CVP streitig macht. Auf kantonalen Regierungsebene ist die SVP jedoch neu **in der Westschweiz nicht mehr vertreten**, nachdem der Waadtländer Pierre-François Veillon zurücktreten musste und in Freiburg der SVP-Kandidat den Sitz des zurücktretenden Raphael Rimaz nicht halten konnte. Im Nationalrat ist die welsche SVP gerade noch mit einem Sitz vertreten. Damit entwickelt sich die SVP immer mehr zur Deutschschweizer Partei.

Im April gab neben den drei anderen Bundesratsparteien auch der SVP-Fraktionsvorstand dem Bundesrat die Zustimmung für ein erweitertes **Verhandlungsmandat für die bilateralen Verhandlungen** mit der EU, das Zugeständnisse im freien Personenverkehr und im Landverkehr vorsah. Prompt kündigte Christoph Blocher das Referendum an. Parteipräsident Maurer, der ebenfalls seine Unterschrift zum erweiterten Mandat gegeben hatte und dafür teilweise stark kritisiert wurde, betonte jedoch, dass die SVP die volle Freizügigkeit im Personenverkehr weiterhin ablehne. Von einem bilateralen Abkommen erwarte sie, dass das Thema EWR 2 oder gar EU-Beitritt damit vom Tisch sei.

Im Dezember kam die erste nationale Volksinitiative der SVP, "**gegen die illegale Einwanderung**", zur Abstimmung, bei der die Partei eine wenn auch relativ knappe Niederlage einstecken musste. Erneut wurde insbesondere der SVP Zürich im Vorfeld der Abstimmung eine polemische Kampagne vorgeworfen, und wie bereits beim letztjährigen "Stiefel-Insertat" der Zürcher SVP zu den eidgenössischen Wahlen boykottierten verschiedene Zeitungen ein umstrittenes Insertat der Kantonalpartei. Die Initiative war auch parteiintern umstritten. So hatte die Berner Sektion Stimmfreigabe beschlossen, während die Bündner und die Waadtländer SVP wie auch Bundesrat Adolf Ogi das Begehren ablehnten.

Eine Niederlage erlitt die SVP in der Stadt Zürich auch bei der Abstimmung über eine Weiterführung der **staatlichen Heroinabgabeversuche**, gegen welche sie das Referendum ergriffen hatte. In dem von der schweizerischen SVP im letzten Jahr verabschiedeten Drogenkonzept stellte der Verzicht auf die staatliche Heroinabgabe ein zentrales Element dar.

Die SVP legte ein **drastisches Sanierungsprogramm** für die Bundesfinanzen vor, das bis 1998 ohne neue Einnahmen ein ausgeglichenes Budget vorsieht. Dabei will sie den Rotstift insbesondere bei jenen Ausgabenposten ansetzen, die in den letzten Jahren die höchsten Zuwachsraten hatten. Die grössten Sparmöglichkeiten sah sie bei den Beziehungen zum Ausland, der Bildung, der sozialen Wohlfahrt, dem Verkehr sowie im Bereich Dienstleistungen und Honorare. Bei Armee, Landwirtschaft und AHV sollte gemäss SVP nicht gekürzt werden. Weiter forderte sie eine Bahnreform sowie den Abbau von 2000 Stellen in der Bundesverwaltung und die Überprüfung von über zwei Dutzend Ämtern und Dienststellen. 1999 möchte die SVP mit dem langfristigen Schuldenabbau beginnen. Dieses Sanierungsprogramm, das Blocher (ZH) in Motionsform einbrachte, wurde vom Nationalrat im Rahmen der Sanierungsberatungen allerdings als zu radikal verworfen.

Als einzige Partei widmete die SVP der im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung geplanten Reform der Volksrechte einen Sonderparteitag und profilierte sich dabei als **Hüterin der Volksrechte**. Sie sprach sich zwar für den vorgeschlagenen Ausbau der Volksrechte aus, verwarf aber die im Gegenzug vorgesehene Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum.

Bei den kantonalen Parlamentswahlen ging die SVP als klare Siegerin hervor. Sie legte insgesamt 30 Sitze zu, wobei sie in St. Gallen mit 14 neuen Mandaten den grössten Triumph feiern konnte. In Schwyz gewann sie sieben zusätzliche Mandate. Ihren Anspruch, **neues Terrain** zu erschliessen, konnte die Partei jedoch nicht überall gleich gut erfüllen; in Uri und Appenzell Ausserrhoden verfangen die SVP-Rezepte gar nicht, in Basel-Stadt mit einem Sitzgewinn nur begrenzt.

1997

In der SVP fand der Kampf zwischen dem liberalen Berner Flügel und dem konservativen Zürcher Flügel unter Christoph Blocher seine Fortsetzung. Insbesondere die Zürcher SVP wehrte sich im Rahmen der Debatte um die **Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg** gegen jegliche Schuldanerkennung und Neuschreibung der Geschichte. Im März hielt Blocher eine "Klarstellungs"-Rede zu diesem Thema, welche die Öffentlichkeit stark polarisierte. Bevor der

Bundesrat die Idee einer Solidaritätsstiftung überhaupt konkretisierte, drohte die Zürcher SVP ausserdem bereits mit dem Referendum und lancierte eine weitere ihrer umstrittenen Inserate-Kampagnen mit Titeln wie "Das Schweizer Volk erpressen? Und das Volk soll zahlen? Nie, nie, nie". Berner und Graubündner SVP-Volksvertreter gingen auf Distanz zu den Ausführungen Blochers zur Vergangenheit der Schweiz und zeigten sich offen bis zustimmend gegenüber der Stiftungsidee.

Nachdem Blocher in einer weiteren Rede zum "Eizenstat-Bericht" den eigenen Bundesrat Adolf Ogi lächerlich zu machen versuchte und unter anderem den Schriftsteller Adolf Muschg verunglimpfte, übten parteiintern insbesondere die Berner sowie die Graubündner Sektion massive **Kritik am politischen Stil Blochers**. Dieser brüskierte die Berner Sektion daraufhin mit einem groben Brief. Die **Berner kündigten** schliesslich **einen pointierteren eigenen Kurs** an. Der Konflikt machte jedoch deutlich, dass der Zürcher Einfluss auch in den liberalen SVP-Sektionen zunimmt. Insbesondere auch die Junge SVP Bern schien auf einen klaren "Blocher-Kurs" einzuschwenken.

Um ihre Präsenz in der Westschweiz, wo sie im Vorjahr ihre beiden letzten Regierungssitze verloren hatte, wieder zu verstärken, lancierte die SVP ein monatliches französischsprachiges Parteiorgan, "**Le Pays Romand**".

An einer Delegiertenversammlung in Herisau verabschiedete die Partei ein Positionspapier mit einer ganzen Reihe von Forderungen, die auf eine **härtere Gangart im Asylbereich** abzielen. So müsse vor allem die Schweizer Südgrenze durch einen massiven Ausbau des Grenzwachtkorps besser gesichert werden, wenn nötig mit Hilfe der Armee. Gegen Länder, die die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen verweigerten, seien diplomatische und handelspolitische Zwangsmassnahmen zu ergreifen, und Gelder aus der Entwicklungshilfe seien nur noch an kooperierende Länder auszubezahlen. Ausserdem forderte die SVP eine Einschränkung der Rechtsmittel im Asylverfahren. Schliesslich schlug sie ein Bundesamt für Migration vor, in welchem das Bundesamt für Flüchtlinge und das Bundesamt für Ausländerfragen aufgehen sollen.

Die SVP sprach sich **gegen jede Form von Fristenlösung** beim Schwangerschaftsabbruch aus. Nicht zuletzt dürfte sie dabei auch an die enttäuschten katholisch-konservativen bisherigen CVP-Wähler insbesondere in der Innerschweiz gedacht haben. Die SVP-Frauen, die sich im Verhältnis 3 zu 1 für die Fristenlösung ausgesprochen hatten, wurden innerhalb der Partei einmal mehr marginalisiert.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die SVP auf Kosten der Freiheits-Partei 17 Sitze zulegen. Im Aargau wurde sie damit deutlich stärkste bürgerliche Partei, in Solothurn, wo sie bisher nicht vertreten war, erreichte sie auf Anhieb Fraktionsstärke. In Graubünden verlor die sich dem liberalen Flügel zuzählende SVP jedoch einen Sitz.

1998

Nach neunjähriger Amtstätigkeit trat der Aargauer Nationalrat Theo Fischer als **Präsident der SVP-Bundeshausfraktion** zurück, da im Dezember vergangenen Jahres eine

Amtszeitbeschränkung für das Fraktionspräsidium statuarisch festgelegt worden war. Als Nachfolger wurde einstimmig der Berner Nationalrat **Samuel Schmid** gewählt.

In der SVP hielten die **Kämpfe zwischen dem gemässigten und dem konservativen Flügel** weiter an. Insbesondere bei der Berner SVP fielen Blochers Ankündigungen an der traditionellen Albisgütli-Tagung, eine Initiative zur Volkswahl des Bundesrates zu lancieren sowie die **nicht benötigten Reserven der Nationalbank für die Finanzierung der AHV** einzusetzen, auf wenig Begeisterung. Während Blocher seine Idee der Volkswahl des Bundesrates wegen Aussichtslosigkeit von sich aus zurückgezogen hatte, drang er mit seinem zweiten Vorschlag durch. An einem Sonderparteitag vom 1. Juni in Aarau hiess eine Mehrheit der Delegierten einen Antrag der Zürcher SVP gut, alle parlamentarischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die überschüssigen Goldreserven der SNB dem AHV-Fonds zufließen zu lassen. Gleichzeitig wurde der leitende Parteiausschuss beauftragt, eine entsprechende Volksinitiative vorzubereiten, falls der parlamentarische Weg nicht zum Erfolg führe. Mit diesem Antrag sollte der Solidaritätsstiftung des Bundesrates eine Alternative gegenübergestellt werden.

Nachdem Parteipräsident Maurer in der Asylpolitik wenig Kompromissbereitschaft gezeigt hatte, mit den drei anderen Regierungsparteien eine "Koalition der Vernunft" einzugehen, **kritisierten** die beiden SVP-Funktionäre Baltisser (Generalsekretär) und Defago (Pressechef) mit Unterstützung von Fraktionschef Schmid öffentlich die harte **Oppositionspolitik des "Zürcher Flügels"** und **forderten eine parteiinterne Grundsatzdiskussion** über die Position der Partei über kurzfristige Wahlerfolge hinaus. Nicht zum ersten Mal gerieten sich dabei auch Bundesrat Ogi und Blocher in die Haare: Ogi warnte einmal mehr vor dem Neinsager-Kurs der Partei und sah in der parteipolitischen Ausrichtung auf Unzufriedene längerfristig keine Erfolgsaussichten. In einem Zeitungsinterview attackierte Blocher seinen eigenen Bundesrat ungemein scharf und warf diesem die Verachtung des Volkes vor. Ein paar Tage später wurde das Interview von einem "Komitee pro Mittelstand", welchem der Zürcher Nationalrat Hans Fehr beratend zur Seite stand, in rund 20 Zeitungen als ganzseitiges Inserat aufgegeben. In einem parteiinternen Rundschreiben forderte Parteipräsident Maurer alle Mitglieder auf, den öffentlichen Auseinandersetzungen ein Ende zu setzen und kündigte eine Grundsatzdiskussion über die zukünftige Ausrichtung der Partei im Rahmen der angelaufenen Programmdiskussion an.

In ihrem Positionspapier zur Wirtschaftspolitik legte die SVP den Hauptakzent auf ein **Revitalisierungsprogramm für kleine und mittlere Unternehmungen (KMU)**, welche ihrer Meinung nach durch Vorschriften behindert und durch Steuern und Abgaben übermässig belastet würden. Die SVP lehnte die Einführung neuer Steuern generell ab und sprach sich einmal mehr für einen dezidierten Sparkurs aus. Bei den Sozialwerken kam für sie unter den Szenarien von IDA-FiSo-2 nur der gezielte Abbau in Frage. Als wichtig erachtete sie die Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz, wobei sie der Gentechnologie entscheidende Bedeutung beimass.

In ihrem Positionspapier zur **Migrationspolitik** sprach sie sich **für eine erschwerte Zuwanderung von Ausländern** aus sowie für die Herabsetzung der Altersgrenze von 18 auf 14 Jahre für den Familiennachzug. Ferner hielt sie die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zur Volksinitiative "für eine Regelung der Zuwanderung", die den Ausländeranteil auf 18% begrenzen will, im Gegensatz zum Bundesrat für unerlässlich. Bei den Einbürgerungen befürwortete die

Partei zwar die erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der zweiten Generation, davon abgesehen soll die Einbürgerungspraxis hingegen restriktiver gehandhabt werden. Im Asylbereich sollen kriminelle, renitente und papierlose Asylsuchende in bewachten Kollektivunterkünften bis zur Ausschaffung untergebracht werden.

Im Kanton **Uri** wurde nach Schwyz (1972), Zug (1991) und Luzern (1992) die **vierte SVP-Kantonalsektion in der Innerschweiz** gegründet. Die SVP Uri positionierte sich zwischen regierungstreuem und oppositionellem Flügel: zwar wolle sie bei asyl-, ordnungs- und aussenpolitischen Themen wie die Zuger und Luzerner Kantonalpartei einen harten "Zürcher Kurs" einschlagen, darüber hinaus vertrete sie aus Rücksicht auf Urner Befindlichkeiten in den Bereichen Verkehr und Wirtschaft eigene Positionen.

Als Ziel für die Nationalratswahlen von 1999 gab die SVP den Erhalt der 1995 eroberten Sitze bekannt. Der Zentralvorstand der SVP Schweiz legte Ende Jahr ein neues Parteiprogramm vor, das an der Delegiertenversammlung vom 23. Januar 1999 verabschiedet werden soll. Nach den Wahlerfolgen der letzten Jahre sah die **Parteileitung keinen Grund, ihren prononciert konservativen und mittelständischen Kurs zu ändern**. Die Stossrichtung der Wahlplattform 1999 wendet sich energisch gegen neue Steuern und setzt aussenpolitischen Aktivitäten enge Grenzen. Aus neutralitätspolitischen Gründen lehnte die Partei einen UNO- oder NATO-Beitritt ab; auf integrationspolitischer Ebene beharrte sie auf ihrer Forderung, dass der Bundesrat sein EU-Beitritts-Gesuch zurückziehen soll. Statt dessen sah die Partei in guten bilateralen Abkommen eine echte Alternative zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den europäischen Ländern, unter der Voraussetzung, dass die Abkommen ausgewogen seien. In der Sicherheitspolitik forderte sie ein verstärktes Engagement zur Verbesserung der inneren Sicherheit; ausdrücklich befürwortet wurden subsidiäre Einsätze der Armee im Landesinnern.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die SVP ihre Wahlerfolge des letzten Jahres nur bedingt wiederholen. Während sie in den Kantonen Bern und Waadt insgesamt 8 Parlamentssitze einbüsste, gewann sie im Kanton Zug, wo sie als klare Oppositionspartei auftrat, zu ihren 3 bisherigen Mandaten deren 6 hinzu. In der Waadt eroberte sie einen Sitz in der Regierung, in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Zug zog sie erstmals zu Lasten der CVP in die Exekutive ein. Bei den Ständeratswahlen in Glarus und Zürich übernahm sie je einen der beiden Sitze von der FDP bzw. vom LdU.

1999

Die SVP lancierte im Wahljahr zwei Volksinitiativen. Im Februar ermächtigten die SVP-Delegierten ihre Parteileitung, im Spätsommer eine neue Asylinitiative zu lancieren. Die Initiative verlangt eine Senkung der Fürsorgekosten und eine verschärfte Drittstaatenregelung. Auf ein Asylgesuch soll künftig nur eingetreten werden, sofern der Gesuchsteller in keinem Drittstaat ein hängiges Asylverfahren laufen hat oder ein solches hätte einreichen können. Im April gaben die Delegierten mit 358 gegen wenige, vorwiegend welsche Stimmen ihre Zustimmung zu einer weiteren Volksinitiative, welche verlangt, dass sämtliche Goldreserven der Nationalbank, die nicht mehr für die Währungspolitik notwendig sind, in den AHV-Fonds einfließen sollen. Damit würde die vom Bundesrat geplante Solidaritätsstiftung verhindert.

An der **Albisgüetli-Tagung** im Januar, einer jährlichen Veranstaltung der Zürcher SVP, widmete der in der SVP tonangebende Zürcher Nationalrat Christoph Blocher seine Rede einem Ausblick ins 21. Jahrhundert. Der Staat sei heute zu teuer; er müsse entschlackt und die Staats- und Steuerquoten gesenkt werden. Der Sozialismus führe durch seine beabsichtigte Gleichmacherei und Umverteilung zu mehr Egoismus. Dagegen sei Eigenverantwortung "wahrhaft soziales Verhalten". Er forderte die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, für sich selber zu sorgen und anderen nicht zur Last zu fallen. Die Zukunft gehöre dem wahrhaft liberalen Staat und nicht etwa der Erlösung durch die EU, welche er mit Zentralismus und staatlicher Allmacht gleich setzte. Blocher appellierte an die Wähler der FDP und CVP, sich der "Selbst-Verantwortungs-Partei" SVP anzuschliessen.

Am SVP-Programmparteitag in Reconvillier (BE) bekräftigte die SVP ihren Widerstand **gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU und zur UNO** und gegen die Bewaffnung von Schweizer Militärangehörigen im Auslandeinsatz. Die Berner Sektion, welche für eine weniger radikale Haltung eintrat, fand bei den Delegierten keine Mehrheit. Die im Herbst vom Parlament verabschiedeten bilateralen Verträge mit der EU wurden auch von einer Mehrheit der SVP-Fraktion gutgeheissen. Christoph Blocher stimmte zwar gegen die Verträge, lehnte es jedoch ab, das von der Lega und den Schweizer Demokraten lancierte Referendum zu unterstützen.

Gegen Ende Juni häuften sich Pressemeldungen und Interviews mit Exponenten anderer Parteien, die sich kritisch mit der Politik der SVP auseinandersetzten. Heftige Reaktionen löste vor allem ein Plakat eines Komitees aus SVP-, SD-, FP- und Lega-Vertretern, unterstützt durch die Denner AG, aus, das ganzseitig in über 40 Tageszeitungen erschien. Die Aktion galt der Ankündigung einer Initiative, welche Volksinitiativen künftig innert sechs Monaten unter Ausschluss von Bundesrat und Parlament vor das Volk bringen will (von Kritikern als „**Maulkorb-Initiative**“ bezeichnet). Der Titel "Wenn in der Schweiz das Volk spricht, haben Politiker zu schweigen" erzürnte auch Bundesrat Couchepin. Er beschuldigte insbesondere Nationalrat Blocher, einen "regelrechten Angriff auf die demokratische Grundordnung, in welcher Politiker Vertreter des Volkes sind" zu lancieren. Später distanzieren sich kantonale und lokale Parteisektionen auch von einem national verbreiteten Wahlplakat der SVP, das als fremdenfeindlich kritisiert wurde.

Im Berichtsjahr gründete die SVP **neue Kantonalsektionen** in den CVP-Hochburgen Wallis, Nidwalden und Obwalden. Damit ist die Partei in allen Kantonen ausser Neuenburg vertreten.

Ende August gab **Generalsekretär Baltisser** seinen **Rücktritt** auf Ende Jahr bekannt. Der Rückzug sei nicht politisch motiviert, versicherten der 30jährige Volkswirtschaftler und Parteipräsident Maurer einhellig. Er wolle sich beruflich neu orientieren und habe bereits bei Amtsantritt bekundet, dass er das Amt nur für eine gewisse Zeit ausüben wolle. Einen Monat später wurde der neue Generalsekretär vorgestellt: Jean-Blaise Defago, bisher Pressechef der SVP. Im November wurde schliesslich Irène Schellenberg zur neuen Pressesprecherin ernannt.

Anfangs September **drohte Parteipräsident Maurer mit dem Ausschluss der Genfer SVP-Sektion**, sollte diese sich nicht von ihrem Nationalratskandidaten und Parteisekretär Pascal Junod trennen. Junod war zuvor in Verdacht geraten, rechtsradikalen Vereinigungen nahe zu stehen.

Nachdem Junod eine versprochene schriftliche Distanzierung vom Rechtsextremismus und einschlägigen Organisationen bei der nationalen Parteizentrale nicht eingereicht hatte, wurde der Ausschluss offiziell eingefordert. Nach Weigerung der Genfer Sektion, Junod auszuschliessen, leitete die Parteileitung Ende September gegen die Sektion das Ausschlussverfahren ein. Dieses wurde eingestellt, nachdem Junod seinen Austritt aus der SVP bekanntgegeben hatte.

Rechtsextremismuskorwürfe richteten sich auch gegen Christoph Blocher. Eine Woche vor den Wahlen veröffentlichte die Sonntagspresse Ausschnitte aus einem Schreiben Blochers an einen Herrliburger Unternehmer vom März 1997. Darin bedankte sich Blocher für die Zusendung eines Buches des als Holocaust-Leugner verurteilten Jürgen Graf. Das Papier war bei der Verhaftung Grafs beschlagnahmt und zu den Prozessakten gelegt worden. Die Brisanz des Briefes steckte in der Kommentierung Blochers „wie recht er doch hat“. In der Folge wurde Blocher von allen Seiten angegriffen, insbesondere die Parteipräsidenten der CVP und der SP zeigten sich sehr besorgt. Sogar internationale Kritik traf in Bern ein. Die FDP publizierte Inserate mit dem Wortlaut „Bei uns hat Rechtsextremismus keinen Platz!“, welche die SVP mit eigenen Inseraten konterte. Blocher indes sah sich einer Hetzkampagne gegen seine Person ausgesetzt, die bewusst kurz vor den Wahlen inszeniert worden sei. Er habe das Buch gar nie gelesen, und sein Kommentar beziehe sich lediglich auf den Titel „Vom Untergang der Schweizerischen Freiheit“.

Bei den eidgenössischen Wahlen erzielte die SVP einen Erdrutschsieg und wurde – gemessen am Wähleranteil – von der viertgrössten zur stärksten Partei. Sie forderte einen **zweiten Sitz im Bundesrat**, zuerst auf Kosten der CVP, dann der SP. Für die Gesamterneuerungswahl vom Dezember schickte die SVP-Fraktion Christoph Blocher gegen die beiden SP-Vertreter ins Rennen. Seine Kandidatur erhielt aber praktisch keine Unterstützung von ausserhalb der SVP und unterlag deutlich.

2000

Im März hat die SVP ihre **Parteigremien neu organisiert und bestellt**. Die Zahl der Delegierten wurde von 500 auf 600 erhöht, das Vizepräsidium von zwei auf drei Mitglieder verstärkt. Ueli Maurer (ZH) wurde für weitere vier Jahre in seinem Amt als Parteipräsident bestätigt. Das Vizepräsidium teilen sich die Bisherige Cornelia Stamm Hurter und neu die Nationalräte Jean Fattebert (VD) und Toni Brunner (SG). Bereits im Vorfeld des Sonderparteitages wurde der Leitende Ausschuss neu besetzt. Das Präsidium lehnte dabei die Aufnahme der als liberal geltenden Nationalrätin Ursula Haller und des alt Nationalrats Albert Rychen (beide BE) ab und sprach sich für die mit dem Zürcher Flügel politisierenden Angelica Zanolari, Parteipräsidentin in Basel-Stadt, und für Nationalrat Christoph Mörgeli (ZH) aus. Als Vertreter der Berner Sektion im Leitenden Ausschuss verblieben lediglich Bundesrat Ogi sowie Kantonalpräsident und Nationalrat Hermann Weyeneth – beide von Amtes wegen.

Prominente Parteimitglieder protestierten gegen die Vormachtstellung des Zürcher Flügels. Die ehemalige Generalsekretärin der SVP, Myrtha Welti, reichte ihren Austritt aus der Partei ein. Max Friedli, der vor ihr dasselbe Amt inne hatte, liess seine Mitgliedschaft vorübergehend suspendieren. Alt Ständerat Ulrich Zimmerli (BE) dachte gar laut über eine Abspaltung der Berner

SVP oder über eine Fusion mit anderen Parteien (z.B. der LP) nach, und die Zürcher Nationalrätin Lisbeth Fehr (ZH) bemängelte gewisse „totalitären Züge“ in den eigenen Reihen. Der bernische Kantonalpräsident Weyeneth versuchte indessen, die Wogen zu glätten und erklärte, seine Sektion wolle versuchen, sich innerhalb der Mutterpartei wieder stärker durchzusetzen.

An der ersten Delegiertenversammlung nach den Wahlerfolgen vom vergangenen Herbst versicherte Parteipräsident Ueli Maurer, dass sich seine Partei nicht auf den Lorbeeren der Wahl ausruhen werde. Die Delegierten fassten gegen den Beschluss des Zentralvorstandes die **Ja-Parole zur Beschleunigungsinitiative** (Verkürzung der Behandlungsfristen für Volksinitiativen).

Nach der klaren Abstimmungsniederlage der weniger weit gehenden Beschleunigungsinitiative wurde die von namhaften Exponenten der Zürcher SVP im Vorjahr lancierte Initiative für eine radikale Verkürzung der Behandlungsfristen für Volksinitiativen, die sogenannte **Maulkorbinitiative, nicht eingereicht**, obwohl nach Angabe der Initianten genügend Unterschriften gesammelt worden waren. Das SVP-Präsidium entschied Mitte März, auf die geplante Lancierung einer Initiative zur **Volkswahl des Bundesrates** vorläufig zu verzichten. Als Grund angegeben wurde die Konzentration der SVP auf die Einreichung der beiden im Vorjahr lancierten Volksinitiativen (Nationalbankgold für die AHV bzw. restriktivere Asylpolitik). Nicht zu überhören war aber auch massive parteiinterne Kritik an diesem Vorhaben.

An einem Sonderparteitag im März forderte die SVP eine **finanziell tragbare Sozialpolitik**. Parteipräsident Maurer führte an, dass trotz explodierender Beiträge die Sozialwerke fast ausnahmslos vor einem Schuldenberg oder leeren Kassen stünden. Die Lösung des Problems dürfe nicht der kommenden Generation auferlegt werden. Die Beitragsexplosion sei nicht zuletzt auf die Vollkaskotalität vieler Versicherter zurückzuführen. Die Delegierten stimmten einem Grundsatzpapier zu, welches langfristig eine Ausgabenreduktion auf das Niveau von 1990 zum Ziel hat. Bei der AHV erachtet die Partei eine Erhöhung des Rentenalters für sinnvoll. Einer Flexibilisierung will sie nicht im Wege stehen, falls diese nicht zu Mehrausgaben führe. Schliesslich sollten die zur Verfügung stehenden Mittel (Nationalbankgold, Spielbankenerträge) besser genutzt werden.

Mitte April sprach sich der SVP-Zentralvorstand deutlich **für die Annahme der bilateralen Verträge mit der EU** aus. Die Zürcher Kantonalsektion hatte sich wenige Tage zuvor knapp für ein Nein entschieden. Die Ausgangslage für die Delegiertenversammlung war deshalb ungewiss. Bundesrat Ogi vertrat in Appenzell die Meinung, die SVP müsse den von ihr nach dem EWR-Nein 1992 eingeleiteten bilateralen Weg jetzt auch beschreiten. Blocher dagegen warnte vor einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und vor einer Zunahme der Arbeitslosigkeit; er verzichtete aber darauf, der Partei die Nein-Parole zu empfehlen. Mit 297 gegen 201 Stimmen wurde die Ja-Parole beschlossen. Bis zur Abstimmung fassten allerdings vierzehn Kantonalsektionen die Nein-Parole.

Am Sonderparteitag vom Juli in Unterentfelden (AG) beriet die SVP ihre aussenpolitische Position. Nebst der Diskussion eines Positionspapiers ging es dabei vor allem um die Frage nach der **Haltung gegenüber der Revision des Militärgesetzes** (Auslandeinsätze). Die Delegierten sprachen einem allfälligen bürgerlichen Referendum gegen die Revision ihre Unterstützung zu.

Auf der Seite der Gegner hielten die Nationalräte Mörgeli und Schlüer (beide ZH) an einer engen Neutralitätsdefinition fest. Friedenspolitik, Handelspartnerschaften und Gute Dienste seien die Mittel der schweizerischen Friedenssicherung. Unter dem Modewort Kooperation laufe die Schweiz aber Gefahr, in zukünftige Konflikte hineingezogen zu werden.

Mitte Juli präsentierte die Partei ein **Positionspapier zur Gesundheitspolitik**. Das Papier umfasste 24 Gesetzes- und Verordnungsänderungen, die ein menschlich und finanziell tragbares Gesundheitswesen zum Ziel haben. In erster Linie will die SVP die **Krankenkassenprämien senken** und den Leistungskatalog der Grundversicherung schlanker gestalten. Nicht weniger als neun Vorstösse zur Gesundheitspolitik reichte die SVP-Fraktion der eidgenössischen Räte in der Herbstsession ein. Im Oktober gab Maurer ausserdem bekannt, seine Partei wolle die Lancierung einer entsprechenden Krankenkassen-Initiative prüfen.

Am Parteitag in Genf beantragte der Zentralvorstand die Ablehnung der Volksinitiative zur Plafonierung des Ausländerbestandes (**18%-Initiative**). Die **Delegierten entschieden** sich aber mit 159 zu 109 Stimmen für ein **Ja**. Die Parteileitung zeigte sich enttäuscht. Generalsekretär Jean-Blaise Defago dachte sogar laut über seinen Rücktritt nach. In einem Radio-Interview beschuldigte Georg Kreis, Basler Historiker und Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, die SVP, indirekt den Rechtsextremismus zu fördern.

Diese Kritik an der SVP wurde auch international geäussert. Bereits zu Jahresbeginn hatte der Europarat einen Bericht seiner Kommission für politische Angelegenheiten zur **Bedrohung der Demokratie durch extremistische Parteien und Bewegungen** genehmigt. Darin wurden der SVP gemeinsam mit Haider's Freiheitlicher Partei Österreichs und Le Pen's Front National in Frankreich die Begünstigung rassistischer und fremdenfeindlicher Ideen und Gewaltakte vorgeworfen. Nationalrat Reimann (AG), Mitglied der Europaratsdelegation der Schweiz, vermutete hinter dieser Angelegenheit einen weiteren Schachzug der SP gegen seine Partei: Präsiert hatte die Kommission nämlich der ehemalige SP-Nationalrat Victor Ruffy. Dagegen lobte SVP-Nationalrätin und Europaratsdelegationsmitglied Lisbeth Fehr (ZH) die Arbeit ihres Delegationsgefährten Nationalrat Andreas Gross (sp, ZH), der weitaus schwerwiegendere Passagen des Berichtes in der Kommission erfolgreich bekämpft hätte.

Im September flackerten die **Wirren um rechtsextreme Personen in der SVP** erneut auf. Trotz Rücktrittsaufforderungen war der ehemalige Genfer Parteisekretär Pascale Junod noch immer aktiv am Parteileben beteiligt. Die Parteileitung beschloss nun, den Kontakt zur Genfer Sektion zu intensivieren. Im Kanton Uri wurde dem Sekretär einer Ortssektion der Austritt nahegelegt, weil er sich am Skinhead-Aufmarsch bei der Nationalfeier auf dem Rütli beteiligt hatte. Der Vorschlag von Bundesrat Ogi, die SVP nach rechtsextremen Elementen systematisch zu durchkämmen, wurde aber erneut zurückgewiesen.

Mitte Oktober gab **Bundesrat Ogi** seinen **Rücktritt per Ende Jahr** bekannt. Die Bundesversammlung wählte im Dezember den SVP-Berner Ständerat Samuel Schmid zu dessen Nachfolger und verwies die offiziellen SVP-Kandidierenden Eberle (TG) und Fuhrer (ZH) auf die Ränge.

Bei den **kantonalen Parlamentswahlen** befand sich die SVP weiterhin im Aufwind. Insgesamt gewann sie 54 Mandate hinzu. Besonders deutlich waren die Zugewinne in den Kantonen St. Gallen (+28), Basel-Stadt (+13) und Schwyz (+8). In St. Gallen konnte sie ihren Stimmenanteil von 9,8% auf 22,6% mehr als verdoppeln. Im Kanton Uri holte sie sich auf Anhieb vier Mandate. Hingegen musste sie im Kanton Graubünden deutliche Abstriche hinnehmen. Bei den Regierungsratswahlen konnte sich die SVP hingegen keine zusätzlichen Sitze sichern. Trotz ihrem Erfolg bei den Parlamentswahlen gelang ihr in Schwyz, St. Gallen und Basel der Einzug in die Regierung nicht.

2001

Im Februar gab **Jean-Blaise Defago** seinen **Rücktritt** als Generalsekretär bekannt. Zu seinem **Nachfolger** bestimmte der leitende Parteiausschuss den 28-jährigen Zürcher **Gregor Rutz**. Rutz hatte sich prononciert gegen das Antirassismus-Gesetz engagiert und war 1998 von der FDP zur SVP übergetreten. Um Widerstand gegen den Zürcher „Putsch“ zu vermeiden, war der Berner Hermann Weyeneth in die Suche nach einem Nachfolger eingebunden worden. Der 29-jährige Berner Yves Bichsel, seit Januar 2000 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Generalsekretariat tätig, übernahm das Amt des Pressesprechers.

Mitte März wählte die **Junge SVP** in Lugano **Salvatore Airò** (SG), dessen Vater aus Italien stammt, **zum Präsidenten** und Nachfolger von Mark Kuster.

Im November trat **Walter Frey** (ZH) überraschend als **Fraktionspräsident** zurück. Als Nachfolger zog die SVP-Fraktion den Baselbieter Caspar Baader dem Berner Hermann Weyeneth vor.

Im Februar gab die SVP bekannt, sie plane eine eigene **Wochenzeitung** in einer Auflage von 60 000 Exemplaren, die Ende Jahr zum ersten Mal erscheinen solle. Damit wolle sie auch jüngere, noch schlecht ausgerüstete Kantonalsektionen mit Informationen versorgen und ihnen ein Forum für ihre kantonalen politischen Anliegen bieten. Die kantonalen Parteiblätter sollten aufgelöst und durch das neue Organ ersetzt werden. Dass jedoch alle SVP-Mitglieder die geplante Wochenzeitung abonnieren müssten, stiess insbesondere in den Kantonen Bern, Thurgau, Graubünden und Aargau auf heftige Kritik. Daraufhin sistierte die SVP das Projekt.

Mitte Oktober gründete die SVP in **Neuenburg**, dem letzten weissen Flecken auf der SVP-Landkarte, eine **Ortssektion**. Damit ist sie als einzige Partei in allen 26 Kantonen präsent.

Um die junge Kantonalpartei im Hinblick auf die Wahlen zu unterstützen, führte die SVP im Januar **erstmalig eine Delegiertenversammlung im Wallis** durch und beschloss in Martigny die Nein-Parole zur EU-Beitrittsinitiative.

Im Vorfeld zur Abstimmung über die EU-Beitrittsinitiative stellte der Aargauer Ständerat Maximilian Reimann im SVP-Pressedienst die provozierende Frage, ob die **deutsche und die welsche Schweiz überhaupt noch zusammenpassten**. Die Romandie solle sich der EU anschliessen, statt über die sie regelmässig überstimmende Deutschschweiz zu lamentieren. Die SVP-Spitze zeigte sich verärgert, da diese Aussagen der Absicht der SVP schaden, in der Romandie an

Terrain zu gewinnen. Reimann entschuldigte sich später in einem Zeitungsinserat für die Brüskierung. Nationalrat Luzi **Stamm** (AG) wechselte im Frühjahr von der FDP- in die SVP-Fraktion.

Ende April beschlossen die Delegierten auf dem Sarner Landberg (OW) die **Nein-Parole zu den beiden Teilrevisionen des Militärgesetzes**. Von den rund 30 Votanten hatten sich nur sieben für die Vorlagen eingesetzt; sie wurden zum Teil ausgepiffen. In der Folge erregte die **Abstimmungskampagne** mit Särgen, Soldatenfriedhöfen, verunstalteten Schweizerkreuzen und Militärköpfen, die von der AUNS und von einem überparteilichen, von der jungen SVP dominierten Komitee unter der Leitung von SVP-Nationalrat und -Vizepräsident Toni Brunner (SG) geführt wurde, die Gemüter. SVP-Nationalrat Jürg Stahl (ZH) verlangte eine Aussprache über die ganze Inseratenkampagne, da die SVP mit ihren Nationalräten Blocher, Fehr und Schlüer im Stil und personell eng mit der AUNS verbunden sei.

Als letzte Partei nach der SP, der CVP und FDP nahm die SVP Stellung zur **Familienpolitik**. Sie verlangte eine steuerliche und rechtliche Privilegierung der klassischen Familie gegenüber anderen Lebensgemeinschaften. Fristenregelung, staatlich geförderte Krippen und eine Mutterschaftsversicherung lehnte sie ab.

In einem Positionspapier zur **Integrationspolitik** verlangte die SVP, dass nur integriert werden solle, wer sich anpasse. Rechtzeitig zum Nationalfeiertag präsentierte sie ihren Entwurf eines **Anforderungsprofils für künftige Schweizerinnen und Schweizer**. Als Mindestvoraussetzung für jede Einbürgerung, auch für die erleichterte Einbürgerung von Ehegatten, sollten gute Kenntnisse einer der vier Landessprachen in Wort und Schrift, keinerlei Vorstrafen sowie das selbständige Bestreiten des Lebensunterhalts (Wohnung und Arbeitsstelle) sein. Der Bürgerrechtsmissbrauch durch Scheinehen sei zu bekämpfen.

An der Delegiertenversammlung in Gais (AI) **lehnten die Delegierten den Entwurf zur Armee XXI ab** und verlangten eine grundlegende Neuausrichtung des Reformprojekts. Sie sprachen sich für die Stärkung der Miliz und gegen eine Zweiklassenarmee mit Berufssoldaten aus. Einstimmig verabschiedeten die Anwesenden ausserdem eine Resolution, die sich gegen den Abbau von Grenzkontrollen (Schengen-Abkommen der EU) und die Abschaffung der schweizerischen Waffentradition richtete und sich für die Autonomie der Kantone einsetzte.

Ende Oktober empfahl die Delegiertenversammlung der SVP in Freiburg den Stimmberechtigten einhellig, die **vier Volksinitiativen** vom Dezember abzulehnen und bestätigte das Nein der Parteileitung zur Beteiligung des Bundes an der neuen schweizerischen Luftfahrtgesellschaft. Um Kontroversen zu vermeiden, beschränkten sich die Delegierten bei der **Statutenrevision** auf Vereinfachungen im Bereich der Kommissionen und die Aufwertung der „SVP Senioren“ zu einer Gruppierung mit Vertretung in den Leitungsorganen.

Ende November behandelte die SVP an einem Sonderparteitag in Luzern die UNO-Beitrittsinitiative. Mit ihrem Eintreten für einen Beitritt der Schweiz zur **UNO** hatte die Bündner Nationalrätin Brigitta Gadiet keine Chance. Die SVP-Delegierten lehnten ihn mit 389:44 Stimmen ab.

Im September legte die SVP den **Forderungskatalog ihrer geplanten Gesundheitsinitiative** vor. Die Krankenkasse sollte analog der AHV auf einem Dreisäulenmodell aufgebaut sein mit einer obligatorischen Krankenversicherung, die das Minimum abdeckt, einer erweiterten Krankenversicherung als freiwillige, individuelle Ergänzung und einer Zusatzversicherung. Nicht der Bundesrat, sondern das Parlament solle den Leistungskatalog für die obligatorische und die erweiterte Krankenversicherung festlegen.

Die SVP vermochte zum dritten Mal in Folge die **Zahl ihrer Parlamentsmandate (+59)** zu **vergrössern**. Im Aargau stellt sie die stärkste Fraktion (+25), in Solothurn führten ihre Gewinne (+14) dazu, dass sich der Kanton von einem Drei- zu einem Vierparteienstaat wandelte. Schliesslich schaffte die SVP den Einzug ins Walliser und ins Genfer Parlament und konnte sich damit definitiv als gesamtschweizerische Partei etablieren. In Neuenburg ist sie als einzigem welschen Kanton – noch – nicht vertreten. Obschon die SVP auf Parlamentsebene massive Gewinne erzielte, blieb ihr der **Erfolg in den Exekutivwahlen versagt**.

2002

Die **Junge SVP** wählte den bisherigen Vizepräsidenten **Thomas Schmidt** zum **Präsidenten** und Nachfolger von Salvatore Airò, welcher nach internen Querelen zurückgetreten war.

An ihrem Parteitag in Landquart (GR) beschlossen die Delegierten der SVP die Nein-Parole zur Volksinitiative "für eine kürzere Arbeitszeit". Parteipräsident Ueli Maurer übte Kritik an der bundesrätlichen Informationspolitik zur UNO-Vorlage, welche die SVP bereits im November 2001 zur Verwerfung empfohlen hatte. Nach kurzer Diskussion – Einwände kamen von den Gesundheitsdirektoren der Kantone Aargau und Thurgau und von Ärzten – beschlossen die SVP-Delegierten einstimmig und ohne Enthaltung, eine **Krankenkasseninitiative** vorzubereiten. Die geplante Krankenkasse soll analog zur Altersvorsorge auf drei Säulen aufbauen: Die erste Säule mit der obligatorischen Grundversicherung umfasst bei eingeschränkter Arztwahl nur noch existenziell notwendige Leistungen; in der zweiten Säule, welche eine Aufnahmepflicht für die Versicherer vorsieht, können zusätzliche Leistungen bei freier Arztwahl versichert werden; die dritte Säule ist den bisherigen auf dem Privatversicherungsrecht beruhenden Zusatzversicherungen vorbehalten. Mit diesem Modell hofft die SVP, 20% der Prämienkosten einzusparen.

Im Nachgang zur UNO-Abstimmung kam es in der SVP-Fraktion zu einer heftigen Aussprache, in der die **UNO-Beitrittsgegner die Beitrittsbefürworter** (unter anderen Haller, BE und Lisbeth Fehr, ZH) **angriffen**, weil sie sich aktiv für die Vorlage eingesetzt hatten. Einzelne Exponenten des Zürcher Flügels drohten mit Parteiausschluss und verlangten, dass sich Kandidierende für eidgenössische Wahlen mittels Unterschrift der Parteilinie verpflichteten.

An ihrer Delegiertenversammlung in Brig, welche innert Jahresfrist bereits zum zweiten Mal im Wallis stattfand, empfahl die SVP sowohl die Vorlage zur **Fristenregelung** als auch die Volksinitiative "für Mutter und Kind" zur Ablehnung. Mit ihrem **Nein** zur Fristenregelung desavouierte sie die SVP-Frauen, deren Vorstand vorgängig die Ja-Parole beschlossen hatte.

Ende Mai präsentierte die SVP einen Forderungskatalog zur Stärkung des **Wirtschaftsstandorts Schweiz**. Die Massnahmen umfassten unter anderem Steuersenkungen, Budgetkürzungen, die Aufgabe des Dosiersystems für Lastwagen am Gotthard sowie Kurzzeitbewilligungen für Ausländer ohne Familiennachzug und ohne automatische Umwandlung zum Daueraufenthalter, d.h. die Rückkehr zum Saisonierstatut.

Um sich eine neue **Geldquelle** zu erschliessen, forderte die SVP ihre Mitglieder und Sympathisanten auf, mit einer bestimmten Telefongesellschaft zu **telefonieren**. 10% der Gesprächstaxen sollten in die Parteikasse fliessen und neben den Kantonal-, Bezirks- und Ortsektionen der deutschsprachigen Monatszeitung "SVPja" sowie einer für die welsche Schweiz geplanten SVP-Zeitung zugute kommen. Die SVP rechnete mit Einnahmen von jährlich 10 000 bis 20 000 Fr. Die CVP hatte bereits vor zwei Jahren mit derselben Telefongesellschaft zusammengearbeitet, allerdings mit bis anhin bescheidenem Erfolg.

An ihrem Sonderparteitag in Pratteln (BL) eröffnete die SVP den **Wahlkampf**: Einstimmig beschlossen die Delegierten die Ja-Parole zu ihrer Volksinitiative "gegen Asylrechtsmissbrauch". Nach einer Ansprache von Bundesrat Samuel Schmid zur Verzahnung zwischen innerer und äusserer Sicherheit und anschliessenden Referaten zum Spannungsfeld Migration und Sicherheit verabschiedeten die Delegierten einen Forderungskatalog "**Sicherheit Schweiz**", der von der Grenzsicherung, dem Misstrauen gegenüber dem Schengen-System der EU, der abschreckenden Behandlung von Asylsuchenden, der Verbrechensbekämpfung in den Städten bis zu Sanktionen gegen Eltern gewalttätiger Schüler reichte.

An ihrer Delegiertenversammlung im August beschloss die SVP mit grosser Mehrheit die Ja-Parole zum Elektrizitätsmarktgesetz. Gemäss einer Repräsentativuntersuchung stimmten die SVP-Sympathisanten dann allerdings klar gegen die Elektrizitätsmarktliberalisierung. Im Mittelpunkt der Debatten stand jedoch die geplante **Krankenkasseninitiative "für tiefere Prämien"**. Nachdem der im Januar verabschiedete, auf dem Dreisäulenmodell basierende Entwurf (siehe oben) in der über Internet durchgeführten Vernehmlassung abgelehnt worden war, weil er einer unsozialen Dreiklassenmedizin Vorschub leiste, sah die überarbeitete Version des Begehrens die heutige Zweiteilung der Krankenversicherung in einen obligatorischen und einen fakultativen Teil vor. Die Grundversicherung soll nur die absolut notwendigen Leistungen abdecken; der Rest wird, falls gewünscht, über eine Zusatzversicherung bezahlt. Verlangt wird ausserdem die Aufhebung des Vertragszwangs für Ärzte und die Entflechtung der Spitalfinanzierung. Toni Bortoluzzi räumte ein, dass die Volksinitiative im wesentlichen Reformvorschläge aufnehme, welche sich bereits in der parlamentarischen Beratung befinden; im Berichtsjahr ist das Volksbegehren noch nicht lanciert worden.

Nachdem der Parteivorstand die Ja-Parole zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beschlossen hatte, beauftragten die SVP-Delegierten die Parteileitung, für das kommende Jahr ein Grundsatzpapier vorzulegen, das Massnahmen zur Eindämmung der **Schuldenwirtschaft** des Staates auflistete.

Am Parteitag von Lupfig (AG) nominierten die SVP-Delegierten den von der Parteileitung vorgeschlagenen **Zürcher Nationalrat Toni Bortoluzzi** als Kandidaten für die Nachfolge von

Bundesrätin Ruth Dreifuss. An der Bundesratswahl schied Bortoluzzi im vierten Wahlgang aus; nur vereinzelte Parlamentarier hatten neben seinen Fraktionskollegen für ihn gestimmt.

Im Nachgang zum Anlass in Lupfig kam es zu einer **heftigen Debatte in der Presse**, einerseits, weil Exponenten des Zürcher Flügels Bundesrat Samuel Schmid am Parteitag als halben SVP-Bundesrat verunglimpft hatten, nachdem er sich in einem Zeitungsinterview von der Asylinitiative der SVP distanziert hatte, andererseits, weil die Parteispitze dem Unterwalliser SVP-Parteipräsidenten Oskar Freysinger nicht Einhalt geboten hatte, als dieser sexistische und die Regierung diffamierende Verse vorgetragen hatte. Der Berner Altständerat und Rechtsprofessor Ulrich Zimmerli erklärte seinen Austritt aus der Partei, weil er sich für die destruktive Politik der SVP schäme. In der Presse ging das Gerücht um, Bundesrat Schmid erwäge einen Parteiaustritt. Nach einer dreistündigen Aussprache mit der SVP-Fraktion erklärten die Parlamentarier, sie stünden hinter Bundesrat Schmid. Freysinger, der von der nationalen Parteileitung nicht gemassregelt worden war, trat Ende November als Präsident der SVP Unterwallis zurück, nachdem auf sein Haus ein Brandanschlag verübt worden war.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** konnte die SVP ihre **Vertretung um 33 Sitze ausbauen**. Am meisten Gewinne erzielte sie in den Kantonen Zug (+9), Waadt (+8) sowie Ob- und Nidwalden (je +7). In Bern und im Jura konnte sie je einen Sitz gutmachen. In den **Exekutivwahlen** hingegen blieb ihr der Erfolg weiterhin versagt: In Glarus musste sie dem Sozialdemokraten Fritz Schiesser die Nachfolge von SVP-Regierungsrat Christoph Stüssi überlassen; in Obwalden gelang es dem SVP-Kantonalpräsidenten nicht, einen der fünf Bisherigen zu verdrängen; und in Zug blieb ihr ein zweiter Sitz verwehrt. In den Kantonen mit einer alteingesessenen SVP (Bern, Graubünden und Waadt) hingegen konnten die konsensorientierteren Vertreterinnen und Vertreter ihre Ämter ohne Probleme halten. In der Stadt Winterthur gelang es der SVP nicht, den Sitz des zurücktretenden Leo Iten zu verteidigen, und in der Stadt Zürich ist sie weiterhin nicht mehr in der Regierung vertreten.

2003

Sechs Wochen nach dem knappen Scheitern ihrer Asylinitiative Ende November 2002 verlangte die SVP **Nachbesserungen bei der Revision des Asylgesetzes**, so eine Überwachung des Brief- und Zahlungsverkehrs abgewiesener Asylsuchender, welche sich einer Ausreise widersetzen, um deren (wahre) Identität ausfindig zu machen, die Einführung eines neuen Status für rechtskräftig Ab- und Weggewiesene, für die der weitere Verbleib in der Schweiz so unangenehm wie möglich gestaltet werden soll, sowie eine Verschärfung der Haftbedingungen für kriminelle Asylsuchende.

Mitte Januar lancierte die SVP ihre **Volksinitiative „für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“** mit dem Ziel, die Krankenkassenprämien um 20% zu senken. Das Volksbegehren verlangt die Einführung der monistischen Spitalfinanzierung und die Aufhebung des Kontrahierungszwanges von Versicherern und Leistungserbringern. Ausserdem sollen die heute auf Gesetzesstufe verankerten Grundsätze für die Festlegung des Leistungskatalogs in der Grundversicherung in die Verfassung geschrieben werden. Aufgegeben wurde die im Vorjahr präsentierte Idee, die Grundversicherung einzuschränken und eine neue, freiwillige

Ergänzungsversicherung einzuführen, da sie in einer internen Vernehmlassung auf Widerstand gestossen war.

Zwei Wochen später eröffnete die SVP an ihrer Delegiertenversammlung in Biel die Unterschriftensammlung. Zur SP-Gesundheitsinitiative, welche einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien verlangt, beschlossen die Delegierten einstimmig die Nein-Parole. In seiner Rede zur Situation der Sozialwerke forderte Bundesrat Samuel Schmid, die demographische Entwicklung zu berücksichtigen. Nicht Anreize zur Frühpensionierung seien gefragt, sondern **Arbeitsmodelle für ältere Personen**, ohne aber einfach das Rentenalter zu erhöhen. Nach einem kurzen Disput zwischen Parteipräsident Ueli Maurer und dem Berner Kantonalpräsidenten Hermann Weyeneth stimmten die SVP-Delegierten dem Antrag der Waadtländer SVP zu, ein Strategiepapier zur Agrarpolitik auszuarbeiten. Weyeneth hatte eingewandt, die SVP sei kein Ersatz-Bauernverband.

Im Februar forderte die SVP **Steuersenkungen**, um den Konsum und damit die Wirtschaft anzukurbeln. Es dürfe nicht sein, dass der Durchschnittsverdiener während über sechs Monaten nur für den Staat arbeite. Fraktionschef Caspar Baader (BL) verlangte, das Steuerpaket auf Anfang 2004 in Kraft zu setzen. Sollte die Vorlage zum Minipaket verkümmern oder verzögert werden, erwäge die SVP eine Volksinitiative „Steuersenkungen für den Mittelstand“.

Anfang April beschlossen die SVP-Delegierten in Lausanne nach engagierter Diskussion mit 165:161 Stimmen die **Ja-Parole zur Armee XXI**. Gegner wie Befürworter sorgten sich um den Bedeutungsverlust der Schweizer Armee: Erstere warnten vor einer Zweiklassenarmee und forderten eine Stärkung des Milizsystems und der schweizerischen Unabhängigkeit, letztere argumentierten, die Neutralität stehe überhaupt nicht zur Diskussion, zur Armee reform gebe es keine Alternative, ohne sie arbeite man den Armeeabschaffern in die Hände. Mit 161:151 Stimmen empfahl die SVP auch die Vorlage zum Bevölkerungsschutz zur Annahme. Die sieben von der Linken unterstützten Volksinitiativen wurden praktisch einstimmig abgelehnt.

Mit 272:36 Stimmen beschlossen die Delegierten der SVP im Juni in Grenchen (SO), das **Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung** zu ergreifen. Besonders stossend fanden die Referendumsgegner (fast ausschliesslich Frauen), dass die Referendumsbefürworter die Mutterschaftsversicherung mit dem Argument bekämpften, sie lasse die nicht erwerbstätigen Frauen ausser Acht und schaffe damit zwei Klassen von Müttern – dabei war die letzte, vom Volk verworfene Vorlage nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil sie alle Mütter berücksichtigt hatte. In einem Positionspapier sprach sich die SVP gegen jegliche Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten von AHV, IV oder BVG aus und sagte der „Scheininvalidität“ den Kampf an.

Ende August warnte Parteipräsident Ueli Maurer am **Wahlkampf** in Holziken (AG) die SVP-Mitglieder vor Lethargie in den eigenen Reihen, ein Wahlkampf habe bisher noch nicht stattgefunden. Einziges Thema sei landauf, landab die Frage, ob die SVP ihren Erfolg von 1999 bestätigen könne. Die Botschaft der Partei – weniger Steuern, Abbau der Staatsschulden, Kampf dem Asylrechtsmissbrauch, mehr Sicherheit für den Bürger, Nein zur EU – müsse aggressiver vermittelt werden.

Im September hielt die SVP am geographischen Mittelpunkt der Schweiz, auf der Aelggi-Alp (OW), einen Parteitag unter freiem Himmel ab, wo sie die Stossrichtung zweier **Volksinitiativen** festlegte, die sie nächstes Jahr lancieren will. Im **Asylbereich** verlangt die SVP eine konsequente Drittstaatenregelung, bessere Grenzkontrollen und schärfere Sanktionen gegen straffällige Asylsuchende. Für **Einbürgerungen** sollen Gemeinden auch Urnenabstimmungen durchführen dürfen; gegen das Ergebnis soll keine Beschwerde möglich sein. Mit diesem Vorstoss reagierte die SVP auf ein Urteil des Bundesgerichts, das Urnenabstimmungen über Einbürgerungen als nicht mit der geltenden Verfassung vereinbar ausgeschlossen hatte. Ursprünglich hatte der SVP-Vorstand geplant, diesen Parteitag zugleich als Auftakt zur Unterschriftensammlung zu nutzen und damit die letzte Phase des Wahlkampfes einzuläuten. Laut Parteisprecher Yves Bichsel sei die Zeit zu knapp gewesen, die Initiativtexte noch vor den Wahlen von der Bundeskanzlei formell prüfen und publizieren zu lassen. Ein Grund für die Verschiebung der beiden Initiativen sei auch, dass die Unterschriftensammlung für die Prämiensenkungsinitiative weniger gut als erhofft vorankomme.

Ende September luden die Westschweizer SVP-Anhänger ihre Parteikollegen jenseits der Saane zu einer „**nationalen Begegnung**“ ins Casino von Montreux ein. Die Veranstaltung sollte den Auftakt zu einem jährlichen Treffen in der Romandie bilden und zugleich verdeutlichen, dass die SVP nicht länger nur eine Partei der Deutschschweiz ist.

Zwei Wochen vor den eidgenössischen Wahlen rief die SVP ihre Delegierten mit einem Mobilmachungszettel zum **Wahlappell** in die Diskothek Alpen-Rock-House beim Flughafen Zürich. Die Schweiz habe zweimal in Zeiten grösster Not, 1914 und 1939, als die beiden Weltkriege ausbrachen, die allgemeine Kriegsmobilmachung ausgerufen. Nach Parteipräsident Ueli Maurer sei die Lage heute ernst. Schuld daran seien SP, FDP und CVP, welche die Schweiz in die Mittelmässigkeit geführt hätten. Maurer appellierte an die Delegierten, in ihrem Umfeld Wähler zu mobilisieren, und Mitglieder der Jungen SVP riefen den Anwesenden lautstark die Themen ihrer Wahlkampagne in Erinnerung, indem sie ihre politischen Forderungen und ihren Unmut über die gegenwärtige Politik vortrugen. In seiner Rede bemühte sich Bundesrat Samuel Schmid, auch die positiven Seiten der Schweiz in Erinnerung zu rufen.

In den eidgenössischen Wahlen gelang es der SVP, 11 zusätzliche Nationalratsmandate und einen zusätzlichen Ständeratssitz zu erobern. Am Abend des Wahlsonntags überraschte SVP-Parteipräsident Ueli Maurer die Präsidenten der anderen Parteien vor laufender Fernsehkamera mit der ultimativ vorgetragenen Forderung, dass bei der Gesamterneuerungswahl des Bundesrates vom Dezember Christoph Blocher (ZH) zu wählen sei, ansonsten die SVP aus der Regierung austreten werde. Gegen dieses Ultimatum regte sich parteiinterner Widerstand. So forderte die Berner SVP eine allfällige Urabstimmung, sollte sich die SVP Schweiz aus der Regierungsverantwortung zurückziehen. An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Sempach (LU) bekräftigten die Mitglieder der SVP das Partei-Ultimatum für die Bundesratswahl mit 449:7 Stimmen bei 57 Enthaltungen. Kritische Voten gegen das Vorgehen wurden mit für die SVP ungewohnt viel Respekt aufgenommen, der Vorbehalt von Bundesrat Samuel Schmid, er wolle über sein Verbleiben in der Regierung frei entscheiden, respektiert. In einem Zusatzbeschluss stützten die Delegierten auf Antrag welscher SVP-Mitglieder auch die Variante, dass Blocher in der sechsten Wahlrunde den Sitz von SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey

angreifen solle, falls die SVP zuvor keinen Sitz der CVP erobern könne; auf den frei werdenden Sitz der Freisinnigen erhob die SVP hingegen keinen Anspruch. Am 10. Dezember wählte die Vereinigte Bundesversammlung **Christoph Blocher** in den **Bundesrat**; erstmals seit 131 Jahren wurde mit Ruth Metzler (cvp) ein Regierungsmitglied nicht bestätigt. Tags darauf kündigte die SVP in Inseraten mit dem Titel „SVP: Wählerauftrag verpflichtet – auch im Bundesrat“ an, auch als gestärkte Regierungspartei ihrem Programm treu zu bleiben und ihre Doppelrolle als Regierungs- und Oppositionspartei nicht aufgeben zu wollen. Bei der Departementsverteilung wurde Christoph Blocher mit der Leitung des EJPD betraut; damit ist er mit der Asyl- und der Ausländerpolitik für jene Bereiche zuständig, in denen seine Partei bis anhin besonders deutlich in Opposition zum Bundesrat stand. – Bei den kantonalen Parlamentswahlen eroberte die SVP 14 zusätzliche Sitze, bei den Regierungswahlen errang sie in Appenzell Ausserrhoden ein zweites Mandat.

2004

Aufgrund ihres Wahlerfolges bei den eidgenössischen Wahlen erhielten die **frankophonen Kantonssektionen** der SVP auf Kosten der Zürcher und Berner neu 108 statt bisher 60 Delegierte zugesprochen.

An ihrer ersten Versammlung mit zwei eigenen Bundesräten beschlossen die SVP-Delegierten in Wil (SG) dreimal die Ja-Parole für die Abstimmung vom 8. Februar. Bundesrat Blocher, der das Nein der Regierung zur **Verwahrungsinitiative** vertrat, wies darauf hin, dass er über die politischen Schwerpunkte des Bundesrats spreche, bevor die erste Bundesratssitzung in der neuen Zusammensetzung stattgefunden habe. Er sei beauftragt zu sagen, was Bundesrat und Parlament dazu bewogen habe, die Initiative abzulehnen, seine persönliche Meinung spiele hier keine Rolle. Die Delegierten befürworteten die Initiative mit 398:16 Stimmen, den Gegenentwurf zur Avanti-Initiative mit 282:25 und die Mietrechtsrevision mit 311:52 Stimmen.

Zwei Tage nach der Ankündigung eines nationalen Frauenkongresses teilte die Präsidentin der **SVP-Frauen** mit, diese würden weder an diesem Kongress vom 10. Dezember 2005 noch an weiteren überparteilichen Treffen teilnehmen, obschon kurz zuvor noch die Wichtigkeit der überparteilichen Zusammenarbeit betont worden war. Ende August traten die SVP-Frauen aus dem Bund Schweizer Frauenorganisationen, Alliance F, aus mit der Begründung, die einst bürgerliche Organisation sei nach links abgedriftet.

An ihrer Delegiertenversammlung in Rothenthurm (SZ) empfahlen die Vertreter der SVP das Steuerpaket mit 412:17 und die 11. AHV-Revision mit 399:4 Stimmen zur Annahme. Die SVP hatte ihre **Abstimmungskampagne** bereits im Februar mit einem Plakat begonnen, auf welchem sie die Linke mit roten Ratten gleichsetzte, die den Bürgern am Portemonnaie nagen (eine Anlehnung an Bilder aus Deutschland in den dreissiger Jahren, als die Nationalsozialisten das Symbol der Ratte für angeblich reiche Juden verwendeten), worauf die übrigen Bürgerlichen ein eigenes, liberales Abstimmungskomitee bildeten. Mit Akklamation bestätigten die Delegierten Ueli Maurer für zwei weitere Jahre als Parteipräsident und wählten die Bernerin Rita Gyax, Gemeinderätin in Wohlen und Mitglied der aussenpolitischen Kommission der SVP Schweiz, als Nachfolgerin für die nicht ganz freiwillig zurückgetretene Esther Weber (ZH) zur Präsidentin der SVP-Frauen; im Gegensatz zu den Kantonalparteien und der Jungpartei, welche ihre Präsidenten

selber wählen, muss sich die Frauenpräsidentin der männlich dominierten Delegiertenversammlung der SVP Schweiz stellen.

Um das **dreiköpfige Parteipräsidium zu entlasten**, richtete die SVP ein siebenköpfiges Büro des Leitenden Ausschusses ein, dem neben Parteipräsident Ueli Maurer Fraktionschef Caspar Baader (BL), Generalsekretär Gregor Rutz, die beiden Vizepräsidenten Toni Brunner (SG) und Jean Fattebert (VD) sowie die Aargauer Grossrätin Sylvia Flückiger als Vertreterin der SVP-Frauen angehören. Als siebtes Mitglied trat der Berner Nationalrat Adrian Amstutz bei. Das Büro ist verantwortlich für die strategische Planung und Ausrichtung der Partei, seine Mitglieder betreuen feste Ressorts.

Ende Mai eröffnete die SVP den Abstimmungskampf gegen die Bürgerrechtsvorlagen, über die das Volk am 26. September zu befinden hatte, indem sie gleichzeitig ihre **Volksinitiative „für demokratische Einbürgerungen“** lancierte. Das Volksbegehren verlangt, dass die Stimmberechtigten der Gemeinden in ihrer Gemeindeordnung festlegen können, welches Organ (Gemeindeversammlung, Urnenabstimmung, Parlament, Exekutive oder Kommission) das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs soll endgültig sein.

An ihrer Delegiertenversammlung im Schützenhaus Albisgütli, wo die Zürcher SVP seinerzeit die Nein-Parole zum EWR herausgegeben hatte, verabschiedeten die SVP-Vertreter mit 344:11 Stimmen eine Resolution, die den Bundesrat auffordert, auf seinen Entscheid zurückzukommen und den Beitritt zum **Schengen-Abkommen** nicht dem fakultativen, sondern dem **obligatorischen Referendum** und damit dem Ständemehr zu unterstellen. Sollte der Bundesrat dies ablehnen, wurde die Parteileitung beauftragt, das fakultative Referendum zu ergreifen. Mit 315:12 Stimmen lehnten die Delegierten den Mutterschaftsurlaub und mit 300:0 Stimmen die beiden Einbürgerungsvorlagen ab; auch die Poststellen-Initiative hatte mit 237:27 Nein keine Chancen. Zwei Monate später beschlossen die SVP-Delegierten in Basel mit 321:4 Stimmen die „Nein-Parole“ zu Schengen und Dublin – noch bevor das Parlament darüber beraten hatte. Ziel der Veranstaltung war es nach der Ansicht von Kommentatoren offensichtlich, die Basis zu beruhigen und zu zeigen, dass sich die SVP auch mit Christoph Blocher im Bundesrat treu bleibt.

Im Juli schaffte es die SVP quasi in letzter Minute, genügend Unterschriften für ihre **Krankenkassenprämienenkungsinitiative** einzureichen. In der Schlussphase hatten sich auch SVP-National- und -Ständeräte beim Unterschriftensammeln auf der Strasse beteiligt.

Mitte Oktober beschloss der Zentralvorstand der SVP für alle drei Vorlagen vom 28. November die Ja-Parole. Der Entscheid zur NFA fiel mit 35:22 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Damit stellte sich der Zentralvorstand gegen die Kantonalparteien von Zürich und Zug, die bereits die Nein-Parole herausgegeben hatten. Die neue Finanzordnung wurde mit 40:11 Stimmen, die Vorlage zur Stammzellenforschung mit 38:4 Stimmen angenommen. Mit 217:44 Stimmen verabschiedeten die Delegierten in Schaffhausen ein ursprünglich für einen Sonderparteitag im Sommer traktandiertes **Thesepapier zur Armee**, das gemäss dem parteiinternen Kritiker Hermann Weyeneth (BE) nicht nur die Volksentscheide von 2001 (bewaffnete Auslandseinsätze) und 2003 (Armeereform) missachtet, sondern auch der vom Bundesrat bekräftigten weiteren Umsetzung der Armee XXI diametral entgegensteht. Weyeneth forderte vergeblich die Rückweisung des Papiers und eine

Vernehmlassung bei den Kantonalparteien.

Ende Jahr verliessen die Kantonalsektionen der beiden Appenzell, von Schwyz und von Graubünden die **Junge SVP**.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** gewann die SVP insgesamt 24 Sitze hinzu: sieben in Schwyz, je fünf im Thurgau und in Uri, je drei in Schaffhausen und in St. Gallen und einen in Basel-Stadt. In **Schwyz** schaffte sie mit Walter Stählin den **Sprung in die Regierung**, ist aber nicht mehr in der Stadtberner Exekutive vertreten.

2005

In einer auf Umfragedaten zu den eidgenössischen Wahlen 1995, 1999 und 2003 basierenden Analyse kamen Zürcher Politologen zum Schluss, dass das Thema **EU-Beitritt** die **zentrale Determinante des SVP-Erfolges** war; eine gewisse Rolle spielten auch die Ausländer- und die Asylpolitik, nicht aber die Finanz- oder die Steuerpolitik. Die Kombination nationalkonservativer und neoliberaler Positionen, verbunden mit einer straffen Parteiorganisation und professionellen Kampagnenführung ermöglichten es der Partei, unterschiedliche Wählergruppen über Sprach-, Schicht- und Konfessionsgrenzen hinaus zu mobilisieren.

Mit 297:94 Stimmen gaben die SVP-Delegierten in La Chaux-de-Fonds (NE) die **Nein-Parole zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens** auf die neuen EU-Länder heraus und stellten sich damit gegen Bundesrat Blocher und die Nationalräte und Unternehmer Peter Spuhler (TG) und Hansruedi Wandfluh (BE), welche sich für die Vorlage ausgesprochen hatten. Blocher hatte vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt, mit der Personenfreizügigkeit die Schweizer Wirtschaft retten zu wollen, aber festgehalten, dass die Schweiz den Schritt wagen sollte. Zu einer kleinen Debatte führte ein Thesenpapier über die Liberalisierung der Agrarpolitik. Dieses bekräftigte die Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Forderung nach einer staatlichen Abgeltung für bäuerliche Leistungen, verlangte jedoch von den Bauern, von „Staatsbeamten“ zu Unternehmern zu werden.

Eine Woche, nachdem die SVP die nötigen Unterschriften für das Referendum gegen die **Abkommen von Schengen und Dublin** eingereicht hatte, sprachen sich die Delegierten an ihrem Parteikongress im Mystery Park in Interlaken (BE) erneut gegen die Vorlage aus – 2004 hatten sie sich bereits zweimal für ein Nein entschieden. Die Nein-Parole zum Partnerschaftsgesetz beschloss der Zentralvorstand.

Die SVP-Bundeshausfraktion forderte ihre Mitglieder dazu auf, künftig **auf gegenseitige Verunglimpfungen zu verzichten**. Sie reagierte damit auf eine Kolumne des Zürcher Nationalrats Christoph Mörgeli, in der dieser Bundesrat Schmid Charakterschwäche vorgeworfen hatte. Um dem Dissens innerhalb der Partei bezüglich Personenfreizügigkeitsabkommen Rechnung tragen (mehr als ein Drittel der Fraktion befürwortete die Vorlage), beschloss sie, dass ihre Mitglieder an Podien nicht gegeneinander antreten und keine eigenen Abstimmungskomitees gründen sollten. Stattdessen sollten sie sich in überparteilichen Komitees engagieren.

An ihrem Parteitag auf dem Säntis (AR) verabschiedeten die SVP-Delegierten einstimmig eine „**Agenda 2007 – Wachstum statt Bürokratie**“. Darin verlangten sie von Bundesrat und Parlament bis zu den Wahlen im Oktober 2007 weniger Bürokratie und Steuern (so die Abschaffung der direkten Bundessteuer für Unternehmen), die Sanierung der Bundesfinanzen und Sozialwerke sowie keine neuen Schulden.

Mitte Oktober beschloss die SVP an ihrer Delegiertenversammlung in Näfels (GL) mit 229:103 Stimmen die **Nein-Parole zur Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“** und empfahl mit 330:27 Stimmen die Revision des Arbeitsgesetzes, das die Sonntagsarbeit in Zentren des öffentlichen Verkehrs regelt, zur Annahme. Wirtschaftliche Überlegungen hatten bei beiden Vorlagen den Ausschlag gegeben: Während die Legalisierung der Sonntagsverkäufe kaum bestritten war, führte das vom Bauernverband mitinitiierte Gentech-Moratorium zu einer rund einstündigen Debatte. Gemäss dem Luzerner Landwirt und Nationalrat Josef Kunz vertrete die Initiative die ureigensten Interessen der Bauern, für den Berner Unternehmer und Nationalrat Hansruedi Wandfluh schädigte sie hingegen Wirtschaft und Forschung.

Um nach internen Gehässigkeiten im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die Personenfreizügigkeit die Reihen wieder zu schliessen, verabschiedeten die SVP-Delegierten an einem Sonderparteitag in Suhr (AG) einstimmig ein Grundsatzpapier mit zehn **europapolitischen Forderungen**. Darin verlangten sie den sofortigen Rückzug des Beitrittsgesuches und lehnten jegliche Kohäsionszahlungen an die EU ab – inklusive der vom Bundesrat bereits in Aussicht gestellten einmaligen Zahlung an die neuen, osteuropäischen EU-Mitglieder. Künftige bilaterale Verträge mit der EU wolle die SVP mit dem Referendum bekämpfen, wenn sie durch diese die Souveränität des Landes bedroht sähe.

Ende Jahr reichte die SVP ihre **Einbürgerungsinitiative** ein. Das Volksbegehren verlangt, dass die Stimmberechtigten der Gemeinden in ihrer Gemeindeordnung festlegen können, welches Organ (Gemeindeversammlung, Urnenabstimmung, Parlament, Exekutive oder Kommission) das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entschied dieses Organs soll endgültig sein.

Nachdem Thomas Schmidt Ende 2004 sein Amt abgegeben hatte, um eine Eskalation des schwelenden Konflikts innerhalb der **Jungen SVP** zu vermeiden, bestimmte die Jungpartei im Frühjahr den 21-jährigen Basler Joël Thüning zum neuen Präsidenten. Dieser gab seinen Posten jedoch nach lediglich acht Monaten wieder auf, um sich nach eigenen Angaben auf seine neue Aufgabe als Geschäftsführer der Basler SVP konzentrieren zu können.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** verlor die SVP insgesamt 8 Sitze: sechsundzwanzig im Aargau und vier in Solothurn (in beiden Kantonen waren die Legislativen verkleinert worden); in Neuenburg schaffte sie dafür den Sprung in den Grossen Rat gleich mit siebzehn Abgeordneten; zulegen konnte sie auch im Wallis mit vier Sitzen und in Genf mit einem Mandat. Während es der SVP in den Ersatzwahlen für den Regierungsrat des Kantons Zürich nicht gelang, den Sitz ihres zurückgetretenen Vertreters Christian Huber zu verteidigen, zog sie in **Luzern** mit **Daniel Bühlmann** erstmals in die Exekutive ein.

